Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt euch!

Klassenkampf

Zentralorgan des Kommunistischen Bundes Österreichs

Eigentümer und Herausgeber: Kommunistischer Bund Österreichs. Für den Inhalt verantwortlich: Georg Fischer. Alle: Halbgasse 12, 1070 Wien. - Erscheint im Verlag Alois Wieser Gesellschaft m.b.H. Druck: Alois Wieser Gesellschaft m.b.H., Rienößlgasse 12, 1040 Wien, Verlagspostamt 1070. - Inland: Jahresabonnement 150,-, Halbjahresabonnement 112,- . Zu beziehen über: KB Österreichs, Zentraler Vertrieb, Halbgasse 12, 1070 Wien, Tel.: 0222/93 83 37. Redaktion: Rienößlgasse 12, 1040 Wien, Tel.: 0222/57 37 23, Journaldienst: Mo-Fr von 18-19.30

P.b.b. Erscheint jeden 2. Donnerstag. **Preis 5,-**

Nr. 10/2. Jahrgang **11. Mai 1977**

Inhalt

Schluß mit dem „Friedens"schwindel der Imperialisten im südlichen Afrika!

Absage der Gespräche Mondale-Vorster in Wien!

Am 19. und 20. Mai werden sich in Wien der Vizepräsident der neuen US-Regierung, Walter Mondale, und der südafrikanische Kolonialistenchef Johannes Balthasar Vorster treffen. „In Wien wird wieder Weltgeschichte gemacht" schreibt der Kurier (4.5.), und euphorisch meint die Kronenzeitung: „In Wien entscheidet sich die Zukunft der Weißen in Afrika." (4.5.).

Die „Weltgeschichte", die die beiden machen wollen, wird darin bestehen, daß sie einen Plan aushecken, wie sie die Ausbeutungsinteressen der westlichen Imperialisten und die weitere koloniale Herrschaft der weißen Siedler im südlichen Afrika sichern können. Der gewaltig auflebende Befreiungskampf in Zimbabwe (Rhodesien), Namibia (Südwestafrika) und Azania (Südafrika) läßt sie zu recht zittern um ihr Diebsgut: afrikanischen Boden und seine Reichtümer, Fabriken, Banken, die exzellenten Profite, die sie aus afrikanischer Arbeit pressen.

Die USA wollen und können auf kein Stückchen ihrer imperialistischen Macht verzichten. Dies gilt besonders in der heutigen Situation, wo die Kriegsvorbereitungen der beiden Supermächte immer wilder und ihr Ringen um jede Position, jede Basis, jede Infiltrationsmöglichkeit immer kleiner wird.

In Afrika versuchen die USA heute, gegen die Offensive des Sozialimperialismus wieder selbst das Steuer in die Hand zu bekommen. Sie versuchen, hinter dem Mantel der „Menschenrechtspolitik" den Völkern im südlichen Afrika eine neokoloniale „Lösung" aufzuzwingen. Die USA sind in Zugzwang geraten. Zu diesem Zweck haben sie auch ihren Statthalter Vorster nach Wien beordert. Der Bluthund Vorster, dessen Polizeischergen im Vorjahr hunderte Afrikaner ermodet haben, soll wieder in ein salonfähiges Gewand gesteckt werden und den USA behilflich sein, den verfahrenen Karren wieder aus dem Dreck zu ziehen.

Sie werden in Wien öffentlich von „afrikanischer Mehrheitsregierung in Zimbabwe", „Unabhängigkeit für Namibia", der „Lockerung der Apartheid" in Südafrika sprechen wollen. Insgeheim beraten sie die Möglichkeiten, die Befreiungsbewegungen zu spalten, Marionetten für ihre neokolonialen Lösungen zu finden und ihre Kapitalanlagen zu sichern. Insgeheim werden sie Interventionsvorbereitungen treffen zur bewaffneten Niederschlagung der Befreiungsbewegungen, falls ihre „Lösung", unter neuem Mantel die alte Herrschaft aufrechtzuerhalten, scheitert. Die Völker mit Friedens- und Gerechtigkeitsgesäusel zu täuschen und dreckige Pläne zur Aufrechterhaltung der imperialistischen Versklavung der Völker des südlichen Afrikas zu schmieden – deshalb treffen sich die beiden Banditen.

Nicht von ungefähr halten Mondale und Vorster ihr Treffen in Wien, unter dem Schutz der Regierung Kreisky, ab. Sie hoffen, ihrem Betrugsmanöver größere Glaubwürdigkeit zu geben, wenn sie sich mit der Atmosphäre der „Entspannungspolitik" Kreiskys umgeben können, der ihnen sicher zumindest „guten Willen" zubilligen und ihnen viel Erfolg bei ihren Plänen wünschen wird.

Die österreichische Bourgeoisie will demonstrieren, daß sie zu den Betrugsmanövern dieser Roßtäuscher ihr Scherflein beitragen kann und damit auch ihr Gewicht unter ihnen erhöhen. Bekanntlich pflegen Österreichs Regierung und Kapitalisten den besten Umgang mit den Kolonialisten in Rhodesien und Südafrika. Zahlreiche österreichische Firmen haben Niederlassungen in Südafrika und beteiligen sich an der Ausplünderung und Niederhaltung der afrikanischen Arbeiter und Bauern. Kein Wunder, daß die österreichische Regierung Wien als Tagungsort zur Verfügung stellt; – weil sie selbst das größte Interesse am Bestand des Kolonialregimes im südlichen Afrika hat. Versalzen wir ihnen diese Suppe gründlich! Die Augen der Weltöffentlichkeit werden in diesen Tagen auf Wien gerichtet sein: Zeigen wir den Imperialisten und ihren Handlangern, daß wir entschieden gegen jede imperialistische Einmischung in die Angelegenheiten der Völker auftreten. Zeigen wir, daß ihnen auch hier eine Woge des Hasses gegen ihre Verbrechen begegnet und daß unsere uneingeschränkte Solidarität den Völkern im südlichen Afrika gilt.

Eine Aktionseinheit aus mehreren Organisationen hat bereits für Dienstag, 17. 5., 18 Uhr, Freyung/Ecke Renngasse eine Kundgebung und Demonstration beschlossen. Und wird Aktionen für 19.5., dem geplanten Tag des Treffens Mondale-Vorster Vorbereiten. Ihre Losungen sind:

1. Mai 1977 – Ein revolutionärer Kampftag in Österreich



Am 1. Mai 1977 rief der Kommunistische Bund Österreichs dazu auf, den internationalen Kampftag der Arbeiterklasse mit revolutionären Veranstaltungen und Demonstrationen zu begehen. Unter einheitlichen Losungen und Forderungen des Klassenkampfs und der Revolution in Österreich und auf der Welt fanden in sechs Orten Demonstrationen und in neun Orten Österreichs Veranstaltungen statt. Auf unserem Bild: Der kämpferische Demonstrationszug in Wien.

Wehrgesetznovelle soll am 16. Juni beschlossen werden

Das Zuckerbrot ist verschwunden – geblieben ist die Peitsche

Wohlweislich erst vier Tage nach dem 1. Mai ließen die Wehrsprecher der drei großen bürgerlichen Parteien die Katze aus dem Sack: Nach ihrem Plan soll am 16. Juni im Parlament die Wehrgesetznovelle beschlossen werden!

Vertreter der sozialdemokratischen Jugendorganisationen und der Gewerkschaftsjugend mußten mit einiger Bestürzung feststellen, daß es sich bei dem Gesetzesentwurf praktisch um die gleiche Novelle handelt, die voriges Jahr unter dem Proteststurm der Jugend in der Versenkung des parlamentarischen Unterausschusses verschwunden war. Offensichtlich ist kein einziges der zahlreichen Versprechen auf „Entschärfung" der Novelle eingehalten worden, mit denen sich die Führungen der sozialdemokratischen Jugendorganisationen und der Gewerkschaftsjugend letztes Jahr ihr Nein zur Wehrgesetznovelle abkaufen und sich zu Propagandisten der Wehrgesetznovelle unter der Jugend unter dem Banner der „Demokratisierung" des Bundesheeres einsetzen ließen.

Praktisch ohne Änderung soll die Wehrgesetznovelle, oder doch zumindest ihr „harter Kern" (Zwangsverpflichtung und neues Stellungssystem), im Juni ins Parlament gehen.

Was bringt die Wehrgesetznovelle:

- Die Möglichkeit, Grundwehrdiener, die zur Ausbildung als Kader für die Landwehr geeignet scheinen, über die bisher schon verpflichtenden zweimonatigen Truppenübungen hinaus zwangsweise zu bis zu 4 mal 15 Tagen Kaderübungen zu verpflichten. Damit soll also die Wehrdienstpflicht für einen Teil der Grundwehrdiener auf bis zu 10 Monate verlängert werden.
- Ausschaltung aller zivilen Ärzte aus den Stellungskommissionen, die zu einer ständigen Einrichtung werden.

Möglichkeit, Stellungspflichtige mehrere Tage zwangsweise zu kasernieren und der militärischen Gehorsamspflicht zu unterwerfen. Erfassung und Vorführung der Stellungspflichtigen nicht mehr wie bisher durch die Zivilbehörden, sondern durch die Militärbehörden.

- Die Möglichkeit, Wehrpflichtige bis zum 40., statt wie bisher zum 35., Lebensjahr zu Truppenübungen einzuberufen.
- Ausdehnung des Beurlaubtenstandes nach dem Grundwehrdienst, während dem

Fortsetzung auf Seite 3

Prozesse gegen Slowenen
Staatsgewalt soll Slowenen für Volksgruppengesetz gefügig machen

Siehe Artikel Seite 11

Die Beschwichtigungspolitik der österreichischen Regierung gegen perialismus bekämpfen, die Widersprüche zur US-Konfrontationsp

Die jüngsten Entwicklungen in der US-Außenpolitik zwingen die westeuropäischen Bourgeoisien, dazu Stellung zu beziehen und ihre eigene internationale Politik unter diesen veränderten Umständen entsprechend zu gestalten. Zielt doch diese US-Politik darauf ab, aus der Defensive gegenüber dem Sozialimperialismus herauszukommen, die internationale Stellung des US-Imperialismus zu konsolidieren und auszubauen, die Kriegsvorbereitungen auf wirtschaftlichem, politischem, militärischem, aber insbesonders auch auf ideologischem Gebiet nachhaltig zu intensivieren, die Initiative auch auf dem Gebiet des „Entspannungsschwindels" an sich zu reißen, die europäischen Völker zu betrügen und sie hinter dem US-Imperialismus „gegen den Kommunismus" zusammenzuschließen, gegen die Widersprüche und Zentrifugaltendenzen im „westlichen Bündnis" gegenzusteuern und es in der Richtung einer Kriegskoalition unter unumstrittener US-Führung auszubauen sowie die Infiltration nach Osteuropa zu verstärken (siehe dazu auch „Klassenkampf" Nr. 8/77, S. 1 und Nr. 9/77, S. 2). Diese Politik bedeutet verstärkten direkten Druck auf die westeuropäischen Bourgeoisien. Vor allem aber bedeutet sie einen Kurs, der vielfach in Widerspruch steht mit der Politik, die diese heute auf Grundlage der Verfolgung ihrer eigenen imperialistischen Interessen betreiben. Für Österreich als ein kleines und schwaches imperialistisches Land, das einerseits in hohem Maß vom US- wie auch vom BRD-Imperialismus abhängig ist, andererseits aber auf der Grundlage seines - im internationalen Vergleich - ökonomischen und politischen Erstarkens im letzten Jahrzehnt die Neutralität für gewisse eigenständige Schritte und zur Erweiterung ihres Bewegungsraumes nutzt, gilt das in ganz besonders hohem Maß.

Die österreichische Bourgeoisie hat ein relatives und zeitweiliges Interesse am Frieden

Jede imperialistische Bourgeoisie strebt nach der Ausbeutung und Knechtung fremder Völker oder nach der Teilnahme daran. Das gilt auch für Österreich und gerade im letzten Jahrzehnt wurde es der österreichischen Bourgeoisie auf Grundlage der Ausbeutung der eigenen Arbeiterklasse möglich, den Kapitalexport in größerem Maß voranzutreiben und eine imperialistische Politik im eigentlichen Sinn des Wortes zu entwickeln. Natürlich wird jede imperialistische Bourgeoisie zum Mittel des Krieges greifen, wenn dies ihren Interessen dienlich erscheint. Imperialismus bedeutet grundsätzlich Aggression, Unterdrückung und Krieg. Eine imperialistische Bourgeoisie ist niemals für das Selbstbestimmungsrecht der Nationen und sie ist niemals friedliebend.

Aber doch kann die Haltung verschiedener Imperialisten zu einem drohenden konkreten Krieg durchaus verschieden sein.

Heute sind die beiden Supermächte die Hauptkriegstreiber und nur sie können einen Weltkrieg entfesseln. Die österreichische Bourgeoisie hat kein Interesse daran, daß der Krieg zwischen den Supermächten rasch ausbricht. Sie hätte dadurch nur zu verlieren. Die österreichische Bourgeoisie würde – unabhängig von der formellen Aufrechterhaltung eines Scheins von Souveränität – völlig unter die Räder der Supermächte kommen. Der mögliche Verlust von Teilen des Staatsgebietes an den Sozialimperialismus, die militärische Besetzung des Westens und des „Zentralraums" in den Alpen durch NATO-Truppen und damit die völlige Unterordnung unter den US-Imperialismus und den westdeutschen Imperialismus wären die zu erwartenden Folgen. Demgegenüber fallen Hoffnungen auf einen Beuteanteil im Fall eines Sieges des US-Imperialismus heute relativ schwach ins Gewicht. Wenn sich der Krieg zwischen den Supermächten schon auf Dauer nicht vermeiden läßt und sie sich daher zielstrebig auf den Krieg vorbereitet, so hat die österreichische Bourgeoisie doch alles Interesse, seinen Ausbruch hinauszuschieben, die Situation der „Entspannungspolitik" zu verlängern und die Zeit zu nutzen für die Stärkung der eigenen ökonomischen, politischen und militärischen Position, die sie auch in den letzten Jahren Zug um Zug ausbauen konnte. Es ist das Interesse daran, sich günstigere Voraussetzungen und mehr Gewicht für den Kriegsfall zu schaffen, das zu einem relativen Interesse der österreichischen Bourgeoisie am Frieden führt. Das muß nicht immer so bleiben, aber es ist heute so.

Demnach entspricht auch der Übergang der US-Politik von der Beschwichtigungspolitik Kissingers gegenüber der SU mehr zu einem Kurs der offeneren Konfrontation nicht den Vorstellungen der österreichischen Bourgeoisie, weil sie ihren Spielraum einzuengen droht. Die österreichische Bourgeoisie hätte im Gegenteil alles Interesse an der Fortsetzung der Form der Rivalität der Supermächte, die als „Entspannungspolitik" ausgegeben wird. Das meint Kreisky, wenn er sagt: „Daß es überhaupt eine Spur von Bewegungsfreiheit gibt, das ist der Entspannungspolitik zu verdanken." (OÖN, 7.3.1977)

Dieses Streben nach mehr „Bewegungsfreiheit" ist freilich, wie schon gesagt, nichts Absolutes, sondern spielt sich ab im Rahmen weitgehender Abhängigkeiten, in die sich die österreichische Bourgeoisie notwendig begeben muß, wenn sie sich auf Grundlage der Verfolgung ihrer eigenen imperialistischen Interessen gezwungenermaßen an die Seite größerer Imperialisten stellt.

Die Haltung der österreichischen Bourgeoisie in der Frage von Krieg und Frieden ist reaktionär und gefährlich

Die Konsequenzen aus der dargestellten Haltung der österreichischen Bourgeoisie sind, daß sie erstens Vorreiter der „Entspannungspolitik" und daß sie zweitens Vorreiter der westlichen Beschwichtigungspolitik gegenüber dem Sozialimperialismus ist. Zugleich treibt sie die Kriegsvorbereitungen an der Seite und im Interesse der NATO und des US-Imperialismus voran. Von einer wirklichen Unabhängigkeitspolitik ist keine Rede. Das alles ist kein Beitrag zum Frieden, sondern objektiv – ob die Bourgeoisie es will oder nicht – ein Wegbereiten für den Krieg. Es läuft – was den drohenden Krieg betrifft – objektiv darauf hinaus, daß Österreich Kriegsschauplatz wird, und auf die Spaltung des Landes (siehe auch „Klassenkampf Nr. 9/77, S. 4 und 5). Den Interessen des Volkes ist diese Politik zutiefst entgegengesetzt.

Bei der Verbreitung von „Entspannungsillusionen" tut sich die österreichische Regierung schon seit Jahren hervor. Das entspricht dem Interesse der österreichischen Bourgeoisie an der „Entspannungspolitik". Es widerspricht aber völlig dem Interesse des Volkes, das sich gerade Klarheit über die zunehmende Kriegsgefahr und ihre Ursachen verschaffen und von allen Illusionen lösen muß, weil es sonst den Kampf dagegen nicht wird führen können. Das Volk wird dadurch entwaffnet. Die „Entspannungspolitik" propagieren bedeutet, ihm Sand in die Augen streuen und das betrügerische Spiel der Supermächte spielen.

Die österreichische Regierung ist auch ein hervorragender Vertreter der Beschwichtigungspolitik gegenüber dem Sozialimperialismus, d.h. einer Politik, die versucht, ihn durch Zugeständnisse einzudämmen und „nach Osten abzulenken". Diese Politik ist besonders gefährlich, weil sie den Ambitionen des Sozialimperialismus auf der ganzen Linie entgegenkommt.

Der Sozialimperialismus übt einen gewaltigen Druck auf die westeuropäischen Länder aus. Er zieht die Register der Infiltration, um den US-Einfluß ein Westeuropa zu schwächen und selber an Boden zu gewinnen. Er versucht, Westeuropa einzuschläfern und in „Entspannungsillusionen" zu wiegen. Bewußt setzt er auf die Vertreter der Beschwichtigungspolitik, die glauben, ihn durch Zugeständnisse eindämmen zu können. Er nimmt diese Zugeständnisse und benutzt sie als Ausgangsbasis für weitere expansive Politik. Er nutzt die Profitgier der westeuropäischen Imperialisten und versucht, sie mit Geschäften an sich zu binden. Er verbreitet die Atomkriegspsychose, um die Völker zu demoralisieren und einzuschüchtern. Er versucht, die inneren Zwistigkeiten der herrschenden Klassen zu schüren und auszunutzen. Das sind nur einige Beispiele für die Taktik des Sozialimperialismus, die darauf abzielt, Westeuropa zu infiltrieren und Stück für Stück zu erobern, um so noch vor der offenen militärischen Konfrontation die eigenen strategischen Positionen gegenüber dem US-Imperialismus zu verbessern.

Die Beschwichtigungspolitik führt nicht zur Beschwichtigung, sondern zur Steigerung der Raubgier des Sozialimperialismus. Sie dämmt ihn nicht ein, sondern öffnet ihm Tür und Tor. Sie spielt das Spiel des Sozialimperialismus. Die Kommunisten sind gegen jede Spielart imperialistischer Politik, ob Beschwichtigungspolitik oder offener Konfrontationskurs. Die Beschwichtigungspolitik bekämpfen sie aber besonders erbittert, denn sie ändert nichts an der tatsächlichen Kriegsgefahr und an der tatsächlichen Konfrontation zwischen den Supermächten. Sie macht das Durchschauen der wirklichen Situation schwerer, während der Kurs der offenen Konfrontation die Imperialisten, zumindest zur teilweisen Anerkennung und Enthüllung der Tatsachen und zum Abbau von Entspannungsillusionen zwingt, was von den Völkern ausgenutzt werden kann und ihnen den Kampf erleichtert.

Die Beschwichtigungspolitik der österreichischen Bourgeoisie kollidiert mit der jüngsten Entwicklung der US-Politik

Gegenüber der „Menschenrechtskampagne", dem vielleicht spektakulärsten neuen Element in der US-Politik gegenüber der SU, oder vielmehr: Gegenüber Bestrebungen, diese Frage auf die Tagesordnung der Belgrader Konferenz zu setzen, hatte Kreisky Anfang März in einem Interview mit dem ZDF erklärt, daß es ein „sehr, sehr schwerer Fehler" wäre, „nur die Fragen der Dissidenten auf die Tagesordnung zu setzen." Am 22. März erklärte er nach seiner Rückkehr aus den USA erneut, daß er es „entschieden ablehne", das Thema der Dissidenten als solches auf die Tagesordnung zu setzen. Wenn man dies tue, habe man vom ersten Augenblick an schwerste Konflikte, und dann brauche man die Konferenz gar nicht erst abzuhalten." (FAZ, 23.3.77) Überhaupt - hatte er Anfang März zum ZDF gesagt - dürfe man den Sozialimperialisten nicht zu nahe treten. Ehe man nach Belgrad gehe, müsse man „sehr genau den Sinn für Proportionen kennen ... Man solle sich doch nicht der Illusion hingeben, daß man den Russen etwa mit einem Blatt Papier den Kommunismus abkaufen hätte können." Man sollte die Sowjetunion nicht beim Wort nehmen und die in Helsinki festgelegten „Menschenrechte" seien nur „ein gewisser Moralkodex". „Es gibt ja auch seit Jahrtausenden die Zehn Gebote, und nicht alle Menschen halten sie." Die „Menschenrechtskampagne" Carters sei „ein rührendes Beispiel für sein Engagement", „aber das macht keine Politik". Abgerundet wird diese Haltung durch eine Lobhudelei auf die PCI, die zahlreiche Städte „anständig, sauber und nach modernen Gesichtspunkten verwalte" und „sehr viel größere Beweise ihres Demokratiebewußtseins geliefert habe"; durch die Aussage, er glaube nicht, daß es eine Krise in der Entspannungspolitik gebe; durch einen Vorstoß in Richtung einer „gemeinsamen Ost-West-Energiepolitik" (gegen die Dritte Welt); und durch das Begrüßen der Vorschläge Breschnews zu gemeinsamen Ost-West-Konferenzen über Energie-, Verkehrs- und Umweltprobleme. Es handelt sich bei diesem ZDF-Interview um ein geradezu klassisches Dokument der Beschwichtigungspolitik, das deutlich die Differenzen zur US-Politik zeigt.

In dieselbe Richtung haben die Reaktionen der österreichischen bürgerlichen Öffentlichkeit gedeutet, nachdem die „Vance-Mission" in Moskau „gescheitert" war. Sie stimmte in den Chor derer ein, die die Carter'sche Politik von einem Standpunkt der Beschwichtigungspolitik aus kritisierten.

Warum sich die österreichische Bourgeoisie dennoch in der „Menschenrechtsfrage" engagiert

Hier besteht ein scheinbarer Widerspruch. Die österreichische Regierung und gerade Kreisky hat sich ja auf der anderen Seite gerade besonders exponiert in der Frage der Dissidenten in der CSSR und Kreisky betont immer wieder, daß er sich davon nicht abhalten lasse. Es ist auffallend, daß sein ZDF-Interview im Inland kaum Beachtung gefunden hat - im Gegensatz zu seinen „Menschenrechts"eskapaden. Letz-

Absage der Gespräche Mondale-Vorster in Wien !

Fortsetzung von Seite 1

Reiht euch ein in die internationale Kampffront gegen Kolonialismus und Imperialismus!

Nieder mit Rassismus, Kolonialismus und Imperialismus im Südlichen Afrika!

Es lebe der Kampf der Völker des Südlichen Afrika für völlige nationale und soziale Befreiung!

Für sofortige afrikanische Mehrheitsregierungen!

Anerkennung der Befreiungsbewegungen als einzig legitime Vertreter der Völker des Südlichen Afrika!

Schluß mit der illegalen Besetzung Namibias!

Keine Unterstützung des südafrikanischen Kolonialismus durch die Österreichische Bundesregierung!

Abbruch aller Beziehungen zwischen Österreich und dem südafrikanischen Kolonialregime!

Schluß mit dem Friedensschwindel der Imperialisten im Südlichen Afrika – gegen die imperialistischen Lösungsversuche auf dem Rücken der afrikanischen Völker!

Die Ortsgruppe Wien des KB plant für 19.5. eine Solidaritätsveranstltung mit Vertretern der Befreiungsbewegungen von Anzania und Zimbabwe.

J.N./Red.

ber dem Sozialimlitik ausnützen!

teres geht so weit, daß die österreichischen Medien in letzter Zeit die Konferenzen von Helsinki und Belgrad häufig sogar als „Menschenrechtskonferenzen" bezeichnen. Woher kommt dieser scheinbare Widerspruch?

Offenbar ist das Menschenrechtsgetue zunächst einmal vor allem nach innen gerichtet und verfolgt den Zweck, das österreichische Volk auf die bestehenden Verhältnisse einzuschwören.

Davon abgesehen hat die österreichische Bourgeoisie als Teil des „westlichen Lagers" natürlich stets ein gewisses Interesse an der westlichen Infiltration in Osteuropa um die Sowjetunion zu schwächen und den eigenen Einfluß zu erweitern. Insofern gibt es beides – sowohl eine gewisse Interessensgemeinsamkeit mit dem US-Imperialismus als auch Differenzen über die gegenüber dem Sozialimperialismus einzuschlagende Taktik.

Die direkten Kapital- und Geschäftsinteressen der österreichischen Bourgeoisie „im Osten" schließlich sprechen heute ebenfalls noch eher für die „weiche" Haltung des Verkäufers, der sich Märkte schaffen will, als für die „harte" Haltung des Schuldeneintreibers.

Das Volk muß die Politik der Regierung bekämpfen und die Widersprüche zum US-Imperialismus ausnutzen

Die internationale Arbeiterklasse und die Völker der Welt engagieren sich weder für die eine noch für die andere Supermacht, und sie engagieren sich auch für keinen anderen Imperialisten. Sie engagieren sich auch weder für die eine noch für die andere Spielart imperialistischer Politik. Sie werden aber die Widersprüche zwischen den Imperialisten, die Widersprüche zwischen dem US-Imperialismus und der österreichischen Bourgeoisie berücksichtigen und ausnutzen. Sie können es ausnutzen, wenn der Abgang der USA von der Kissinger-Politik zu einem offeneren Konfrontationskurs Tatsachen über die intensiven Kriegsvorbereitungen beider Seiten und das faktische Scheitern der „Entspannungspolitik" ans Licht bringt. Und sie können es ausnutzen, wenn der Wunsch Österreichs, an der „Entspannungspolitik" festzuhalten, den US-Plänen widerspricht, was den US-Imperialismus ebenso schwächt wie die österreichische Bourgeoisie und seine Kriegsvorbereitungen beeinträchtigt. Sie werden aber in der internationalen Arena den Hauptstoß gegen die Supermächte richten und auf dieser Linie zugleich die internationale Politik Österreichs angreifen. Sie werden in Verfolgung ihrer eigenen, selbständigen internationalen und inneren Forderungen direkt in die Außen- und Militärpolitik eingreifen, allen Versuchen zur Verstärkung der Abhängigkeit Österreichs entgegentreten und Druck auf die österreichische Bourgeoisie in Richtung Selbstbestimmungsrecht der Nationen und Unabhängigkeit ausüben, was durch die vorhandenen Widersprüche zu den Supermächten begünstigt wird, was aber vor allem neue Widersprüche zu den Supermächten hervorbringt. Die Arbeiter- und Volksmassen wären schlecht beraten, wenn sie alles über einen Kamm scheren und die vorhandenen Widersprüche ignorieren würden. Sie wären aber genauso schlecht beraten, wenn sie sich auf eine Seite dieser Widersprüche schlagen, wenn sie diese nicht berücksichtigen und ausnutzen, sondern eine Seite davon unterstützen würden. Sie würden zum Handlanger des Imperialismus und der Reaktion, statt die größtmögliche Kraft im Kampf gegen Imperialismus und Reaktion zu entfalten.

W.L.

Wien: Demonstrationen und Kundgebungen gegen die ANR-Faschisten

Seit Wochen versucht die Bundesregierung hartnäckig, sich der Forderung nach Verbot der faschistischen ANR entgegenzustellen. Die breite Bewegung gegen das Auftreten dieser Organisation hat sich längst über die Hochschule hinaus entwickelt. Am Mittwoch, den 27.4., wenige Tage vor dem 1. Mai, rief ein Personenkomitee zu einer Demonstration unter den Losungen: „Für das sofortige Verbot von ANR und NDP!

Für die sofortige Einstellung des Verfahrens gegen W. Pühringer!

Gegen jede Kriminalisierung von Antifaschisten!" auf. Der KB und seine Massenorganisationen unterstützten diese Demonstration, an der über 3 000 Menschen teilnahmen, davon mehr als die Hälfte Arbeiter und Angestellte. Zahlreiche sozialdemokratische und konfessionelle Gruppen, der KZ-Verband und die Widerstandskämpfer hatten zur Teilnahme an der Demonstration aufgerufen, ebenso die KPÖ. Der Beschluß der Gewerkschaft der Privatangestellten, das ANR-Verbot zu fordern, und die organisierte Teilnahme zahlreicher Mitglieder der GPA dokumentierte die zunehmende Bereitschaft unter den Mitgliedermassen im ÖGB, sich der Bewegung anzuschließen.

Die Demonstration selbst spiegelte den heftigen Linienkampf in dieser Bewegung wider: Die KPÖ-Revisionisten und Sozialdemokraten brachten durch ihr Auftreten und die besondere Betonung der Forderung 'Einhaltung des Artikels 9' zum Ausdruck, daß sie von der 'Verteidigung' der bestehenden Gesellschaftsordnung ausgehen und bemüht sind, faschistische Kräfte wie die ANR als Hauptkraft der Reaktion in der heutigen Situation hinzustellen. Der Arbeiterklasse und dem ganzen werktätigen Volk soll so der Blick darauf verstellt werden, daß sich 'die Entwicklung der Reaktion der Bourgeoisie (...) gegenwärtig noch vollständig auf dem Boden der bürgerlich-parlamentarischen Demokratie' vollzieht (aus den Gründungsresolutionen des KB), die drei großen bürgerlichen Parteien, die Hauptkraft der Reaktion mit der SP als Speerspitze sind. Die Duldung der ANR an der Wiener Hochschule ist der bürgerlichen Reaktion nur ein willkommenes Mittel, um von der eigenen reaktionären Politik abzulenken und alle fortschrittlichen Regungen und Bewegungen unter den Studenten an der Wiener Universität von den ANR-Faschisten terrorisieren zu lassen und damit zusätzlich unter Druck zu setzen. Den Kommunisten ist es auf der Demonstration erst ansatzweise gelungen, diesen Zusammenhang zu erklären und zum Ausdruck zu bringen. Die breite und spontane Bewegung für das Verbot der ANR verfolgt ein völlig gerechtes Ziel. Aufgabe der Kommunisten ist es, in dieser Bewegung den Einfluß von Reformismus und

Fortsetzung auf Seite 4

Wehrgesetznovelle: Geblieben ist die Peitsche

Fortsetzung von Seite 1

verschärfte Meldepflicht und Ausreiseverbot gilt, von 3 auf 6 Monate.

- Die Mobilmachung soll in Zukunft der Verteidigungsminister allein beschließen können, statt wie bisher die ganze Bundesregierung.

Alle diese Maßnahmen sollen einen weiteren Ausbau des militärischen Kasernensystems bringen, sollen das Bundesheer auf seine reaktionären Aufgaben nach innen und außen im Rahmen der imperialistischen Militärpolitik rüsten (vgl. dazu: „Die Wehrgesetznovelle ist Teil der imperialistischen Militärpolitik", „Klassenkampf" 9/77, S. 4/5).

Im April und Mai 1976 haben sich neben den marxistisch-leninistischen Organisationen in verschiedenen Städten folgende Organisationen unter dem Druck der arbeitenden und studierenden Jugend gegen die Wehrgesetznovelle bestellt:

* Die Sozialistische Jugend
* Die Junge Generation in der SPÖ
* Die Österreichische Gewerkschaftsjugend
* Die Katholische Arbeiterjugend
* Die Österreichische Hochschülerschaft
* Die Jugendorganisationen der KPÖ.

Die SP-Regierung hat damals die Wehrgesetznovelle aus dem Schußfeld gezogen und sofort eine Kampagne mit Zuckerbrot und Peitsche, eine Kampagne des Betruges und Drucks in ihren Jugendorganisationen und in der Gewerkschaftsjugend eingeleitet. Jedes Mittel war ihr recht, um den Widerstand der Jugend zu unterdrücken und zu spalten. Mit zahllosen Versprechungen auf „Entschärfung der Novelle, auf die Hineinnahme einer „gesetzlichen Verankerung der Bildung von Kasernenkomitees" usw. usf. kaufte sie sich die Führungen der sozialdemokratischen Jugendorganisationen und sicherte sich ihre Dienste zur Indoktrinierung der Jugend mit der Verpflichtung auf Mitverantwortung für den bürgerlichen Staat und sein Heer. *Für* die Wehrgesetznovelle konnte sie und kann sie die Jugend nicht gewinnen - so sollte der Jugend zumindest weitgehend die Möglichkeit des organisierten Widerstandes genommen werden. Dieses Geschäft haben die sozialdemokratischen Jugendfunktionäre übernommen. Die Marxisten-Leninisten, der Kommunistische Bund Österreichs war die einzige Kraft, die damals wie auch in den letzten Monaten gegen alle diese Betrugsmanöver auftraten und die Notwendigkeit des Kampfes gegen die Wehrgesetznovelle und die ganze imperialistische Militärpolitik propagierten. Auch am 1. Mai trugen die Ortsgruppen des KB in ihren Demonstrationen den Widerstand gegen die Wehrgesetznovelle auf die Straße und forderten alle Organisationen ebenfalls dazu auf, die letztes Jahr den Widerstand mitgetragen hatte. Es zeigte sich, daß die arbeitende und studierende Jugend und breite Teile des Volks nach wie vor gegen die Maßnahmen sind, die die Wehrgesetznovelle vorsieht - wie könnte es auch beim volksfeindlichen, reaktionären Inhalt dieser Novelle anders sein. Es zeigte sich aber auch, daß die Abwiegelungs- und Totschweigetaktik der bürgerlichen Kräfte einige Früchte getragen hatte: In weit geringerem Maß als im Vorjahr konnten die Aufmärsche und Veranstaltungen der sozialdemokratischen und Gewerkschaftsjugendorganisationen zum 1. Mai dafür genutzt werden, der Wehrgesetznovelle entgegenzutreten. In weiten Kreisen herrscht nun Unsicherheit über Inhalt und Charakter der Wehrgesetznovelle. Daß der Protest dennoch da und dort auch in sozialdemokratischen und ÖGJ-Aktionen zum Ausdruck kam, ist nur der entschiedenen Gegnerschaft der Jugend zuzuschreiben, die sich überall größtem Druck ihrer Führungen bis zu Verboten (ÖGJ-Linz) gegenübersah.

Am 3. Juni: Weg mit der Wehrgesetznovelle!

Kaum war der 1. Mai vorüber, wurde den Jugendorganisationen von SP und ÖGB kaltschnäuzig die Rechnung serviert. Kein Wort mehr von „Entschärfung", kein Wort mehr von „gesetzlicher Verankerung von Kasernenkomitees" - so wie sie ist, soll die Wehrgesetznovelle durchgepeitscht werden. Das wird vielen Jugendlichen in der SJ, der JG und in der ÖGJ die Augen öffnen über die Politik der Regierung und der Allianz der großen bürgerlichen Parteien, über die Spalter- und Abwieglerpolitik ihrer eigenen Führungen. Das ist zugleich aber auch Anlaß zur Anspannung aller Kräfte, um neuerlich alle Kräfte im Kampf gegen die Wehrgesetznovelle zusammenzufassen. Wir schlagen vor, am 3. Juni, dem Tag der letzten Ausschußsitzung, in ganz Österreich den Protest gegen die Wehrgesetznovelle neuerlich auf die Straße zu tragen. Wir fordern alle Organisationen, die sich im Vorjahr gegen die Wehrgesetznovelle gestellt haben, dazu auf, für breite, einheitliche Aktionen am 3. Juni unter der Losung „*Weg mit der Wehrgesetznovelle! Weg mit der Zwangsverpflichtung.*" zu mobilisieren. Der KB Österreichs wird alles dazu beitragen, diese Aktionen zu einem wirksamen Schritt gegen die Beschlußfassung der Wehrgesetznovelle und gegen die ganze imperialistische Militärpolitik der österreichischen Bourgeoisie zu machen.

G.St.

Junge Generation der SPÖ-Salzburg praktisch aufgelöst!

De facto aufgelöst hat sich die „Junge Generation der SPÖ" Salzburg. Während ein kleiner Teil von Funktionären der JG in Posten der SPÖ aufgerückt sind und dort die JG repräsentieren, hat sich die große Mehrheit aus dem politischen Geschehen zurückgezogen, ist aus der SPÖ ausgetreten oder hat von sich aus die Beziehungen zur Partei stillgelegt. Schuld an dieser Entwicklung ist nach Meinung ehemaliger Aktivisten die Ohnmacht, mit der man der Parteiführung in ihren durchwegs autoritären Entscheidungen gegenüberstand. Die allgemein ablehnende Haltung der Mehrheit der JG-Mitglieder in verschiedenen Dingen der Regierungspolitik wie Einkommensteuerreform, Bundesheer-Zwangsverpflichtung, Lehrer-Stop, Minderheitenfrage, die Nichtumsetzung der Schwangerschaftsunterbrechung, Rechtsentwicklung der Wirtschafts- und Regierungspolitik, Abkehr von sozialdemokratischen und sozialistischen Grundsätzen sowohl der Landes- als auch der Bundesparteileitungen, der Atomkraftwerkspolitik und die Lütgendorf-Waffenschieber-Affäre führten zu einem laufenden Abbröckeln der Salzburger Organisation. So lösten sich nacheinander alle Arbeitskreise der JG (um nur einige zu nennen: Seeuferverbauung, innerparteiliche Demokratisierung, Städteplanung, Wegerecht, Demokratisierung der Arbeitswelt, Chancengleichheit für die Frau usw.) sowie die verschiedenen Sektions- und Bezirksorganisationen auf, so daß es außer einigen untätigen Papierleichen die „Junge Generation in der SPÖ" in Salzburg nicht mehr gibt.

Anlaß zu dieser Erklärung gab zuletzt die Haltung des Innenministers, des Wissenschaftsministeriums und der SP-Zentralsekretäre in Sachen ANR (Aktion Neue Rechte), wogegen eigene SPÖ-Partei-Statuten und gegen Bestimmungen des Staatsvertrages vom Vertreter des Wissenschaftsministeriums, Rosenberger, zu Gunsten der neo-faschistischen Organisation ANR gestimmt wurde, und diese damit zu den Hochschulwahlen zugelassen wurde.

In einem Telegramm an den Bundesvorsitzenden der Bundes-JG, Konecny, wurde dieser von den ehemaligen Salzburger JG-Aktivisten zu seiner samstägigen Erklärung, gegen neofaschistische Umtriebe mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln einzutreten, beglückwünscht.

Ehemaliges JG-Mitglied
Rudolf Porges

AKW Zwentendorf liegt in einem Erdbebengebiet

Die schraffierte Fläche auf der Karte zeigt das Ausmaß der heftigen Erschütterungen eines Erdbebens des Jahres 1873, bei dem Zwentendorf im Zentrum lag. Frühere Beben waren noch größeren Ausmaßes: „Bereits am 29. Juni 1590 erschütterte ein heftiges Beben alles Land von Iglau bis Wien und Neustadt. Am 15. und 16. September 1590 wurde Niederösterreich von dem verheerendsten Erdbeben betroffen, welches jemals in diesen Gegenden auftrat. Schlösser und Gebäude stürzten ein und es gab viele Tote und Verletzte."

(Auszug aus einer Arbeit von Prof. Dr. Eduard Suess in den Denkschriften der K. Akademie der Wissenschaften, 1873). Auch am 27. Februar 1768 gab es in dem Gebiet ein schweres Beben. Jedesmal war Zwentendorf (ehemals Preuwitz) davon betroffen.

Entgegen diesen Tatsachen wurde seinerseits in einem Gutachten das Gebiet von Zwentendorf als „absolut erdbebensicher" bezeichnet.

Nachdem das als offene Lüge widerlegt war, sah sich die Zwentendorf AG gezwungen, die Fundamente des Atomkraftwerkes umzubauen. Unverfroren wird jetzt behauptet, daß Zwentendorf jetzt auch gegen Erdbeben geschützt sei. Die Tatsachen sind aber: Durch die beständige radioaktive Bestrahlung werden Materialien spröde und zeigen schon bei normalen Bedingungen Haarrisse (siehe Praterreaktor). Was unter diesen Umständen ein Erdbeben bewirken kann, ist keineswegs gründlich erforscht.

b.b./Red



In ganz Österreich organisiert sich der Widerstand

Im WALDVIERTEL organisiert sich der Widerstand gegen die Atommüllagerung und gegen das Atomkraftwerksprogramm insgesamt. In ZWETTL fand am 5.5. eine Veranstaltung mit AKW-Gegnern statt (200 Besucher). Ein Bauer faßte die Diskussion folgendermaßen zusammen: „Die AKW-Betreiber haben sich das Waldviertel ausgesucht, weil sie sich vorgestellt haben, daß der Widerstand in dem dünnbesiedelten Gebiet gering sein wird, doch da haben sie sich total verschätzt."

Am 12.5. findet eine Veranstaltung in DROSENDORF statt.

In ALLENTSTEIG haben sich bei einer Befragung von über 1600 Wahlberechtigten 96 % gegen die Atommülldeponie ausgesprochen, obwohl es in der Fragestellung hieß, daß mit dem Atommüll auch viel Geld und neue Arbeitsplätze in den Ort kämen. Währenddessen werden bei Tag und Nacht Probebohrungen durchgeführt.

Die Neutrassierung der B 37 (Krems-Lengenfeld-Rastenfeld, Verbindungsstrekke zwischen Zwentendorf und dem Waldviertel), die als „Atommüllstraße" ausgebaut werden soll, ist auf heftigen Widerstand der betroffenen Grundeigentümer gestoßen (obwohl die Straßen von Krems ins Waldviertel nicht ausgelastet sind und die B 37 in der verkehrsärmsten Zone Österreichs liegt, wurde dieses Projekt von den Behörden in die erste Dringlichkeitsstufe gereiht).

INNSBRUCK: Auf einer Veranstaltung über „Österreichische Außenpolitik" auf der Universität wurde Bundeskanzler Kreisky von AKW-Gegnern in die Zange genommen. Als er über den Probebetrieb im AKW Zwentendorf befragt wurde, erklärte er glatt, daß dieser eh noch nichts mit Radioaktivität zu tun hätte und völlig ungefährlich sei. Aber Kreisky erhielt auch eine entsprechende Antwort: Starken Beifall gab es für einen Redner, der an Hand von Tatsachen die ganze Verlogenheit dieser Ausflüchte aufdeckte und bewies, daß die Regierung nicht die Betriebssicherheit von Zwentendorf prüft, sondern nur mehr die Taktik, ihre imperialistische Energiepolitik mit Betrug und Polizeiknüppeln durchzusetzen.

In WIEN hat sich die Junge Generation der SPÖ auf ihrer Landeskonferenz im April in einer Resolution gegen die Betriebsbewilligung für das AKW Zwentendorf ausgesprochen.

Jeder, der durch das TULLNERFELD fährt und in einem Dorfgasthof mit den Menschen ins Gespräch kommt, kann sich überzeugen, daß die Bevölkerung gegen das Atomkraftwerk eingestellt ist, obwohl der Grad der Organisierung des Widerstands noch sehr gering ist. Ein Beispiel für die Stimmung der Bevölkerung ist folgender Witz, erzählt von einem Bauern in Bärndorf (4 km vom AKW): „Frage: Wie können wir das Atommüllproblem lösen? Antwort: Wir schicken ihn ins Parlament, die sind ja dort immun."

In TULLN hat eine Gruppe Atomkraftwerksgegner, die die Demonstration am 12. Juni aktiv vorbereiten will, mit der Öffentlichkeitsarbeit begonnen.

Der Gemeinderat ZWENTENDORF hat einstimmig eine Resolution beschlossen, in der er sich gegen eine Zwischenlagerung von Atommüll im Gemeindegebiet wehrt. Die abgebrannten Brennelemente sollen nämlich in einem externen Lagerbecken neben dem Atomkraftwerk zwischengelagert werden. Für den Bau dieser Anlagen wird bereits der Auwald rund um das Werk gerodet. Am 3.5. wurde bekannt, daß am vorangegangenen Wochenende ein Schwelbrand im AKW entdeckt wurde, der erst nach drei Stunden gelöscht werden konnte. Die Behörde hatte diese Nachricht der Öffentlichkeit verschwiegen.

In den letzten Wochen wurde in ganz ÖSTERREICH mit den Vobereitungen für die Demonstration am 12. Juni begonnen. Mitte Mai gibt die IÖAG ein zentrales Plakat und Flugblat heraus, auf dem auch der Treffpunkt für Sonntag, den 12. 6. vormittag, bekanntgegeben wird. In der nächsten Zeit werden in den einzelnen Orten Aktionseinheitstreffen stattfinden. Auskünfte über Vorbereitung und Termine der Sternfahrt (z.B. genaue Abfahrtszeiten am jeweiligen Ort) über die lokalen Bürgerinitiativen und Komitees sowie bei allen Ortsgruppen und Zellen des KB Österreichs.

K.M. (nach Korrespondenzen)

Fortsetzung von Seite 3

Demonstration gegen ANR-Faschisten

Revisionismus zu schlagen, das bewußte Element der Bewegung zu stärken. Die Bedingungen dafür sind günstig. Das zeigt sich daran, daß der Versuch der KPÖ scheiterte, in den Aktionseinheitsaufruf eine Passage einzuschmuggeln, der das Sudetentreffen in Wien und die Duldung der ANR durch die Regierung als Verletzung der Bestimmungen der 'Entspannungskonferenz' von Helsinki darstellte. Ebenso war ihr Versuch gescheitert, die Bewegung von vornherein durch den Ausschluß einiger Organisationen, vor allem des KB, zu spalten.

Die Regierung weigert sich weiterhin, die ANR zu verbieten. Die Erkenntnis setzt sich unter den antifaschistisch eingestellten Menschen durch, daß sie dazu nur gezwungen werden kann. Auf dem Maiaufmarsch der Sozialdemokratie forderte praktisch jede SJ-Gruppe und einige andere SP-Organisationen auf Transparenten das Verbot der ANR. Kreisky, der in seiner Mairede indirekt zugeben mußte, daß keine rechtliche Bestimmung dem ANR-Verbot im Wege steht, wurde mehrmals von Sprechchören unterbrochen.

Am Mittwoch, dem 4.5., fand erneut auf der Rampe der Wiener Universität eine Kundgebung von über 200 Studenten statt, die sich gegen die Einreihung der ANR auf der Hochschule wendete. Das Dutzend Faschisten, das eine 'Gegenkundgebung' durchführte, blieb vollständig isoliert.

Der Regierung wird es nicht gelingen, die Bewegung abzustempeln und zu unterlaufen. Das brachten die Losungen der Kundgebung klar zum Ausdruck: NIEDER MIT DEN FASCHISTEN – NIEDER MIT DER ANR! ZURÜCKNAHME DER KANDIDATUR DER ANR BEI DEN ÖH-WAHLEN! VERBOT DER ANR!

a.g.

Jugendkonferenz der Chemiearbeiter für Verbot der ANR

In einem Initiativantrag forderte die *Chemiearbeiterjugendkonferenz* die zuständigen Behörden auf, alle notwendigen Maßnahmen zu ergreifen, um die Kandidatur der Aktion Neue Rechte (ANR) bei den bevorstehenden Hochschulwahlen zu verhindern. Die Jugendkonferenz der Gewerkschaft der Chemiearbeiter sieht im Auftreten dieser neonazistischen Organisation eine Gefahr für die demokratische Entwicklung der österreichischen Jugend und schließt sich daher der Forderung des österreichischen Bundesjugendringes nach Verbot dieser Organisation an.

Atomkonferenz

Zwischen dem 2. und 13. Mai fand in Salzburg eine Konferenz über „Kernkraft und ihr Brennstoffzyklus" staat. Veranstalter dieser Konferenz ist die Internationale Atomenergiebehörde (IAEO), eine Teilorganisation der UNO. Die IAEO will „in der ganzen Welt den Beitrag der Atomenergie zum Frieden, zur Gesundheit und zum Wohlstand beschleunigen und steigern" (aus einer ihrer Broschüren). Den Beitrag zu Gesundheit und Wohlstand kann man an ihren Vorschlägen für Normen für den Strahlenschutz ermessen: sie selbst muß zugeben, daß bei diesen Werten Leukämie und Blutkrebs auftreten können!

2100 Wirtschaftsexperten und Wissenschaftler, davon ein Großteil im Staatsdienst tätig, aus über 60 Ländern, diskutierten 4 Problemkreise: Technische Probleme wie Atommüllagerung oder Urananreicherung, Management und Finanzierung der Kernenergie, Verbreitung von Atomkraftwerken in Entwicklungsländern und schließlich „AKW und öffentliche Meinung".

Im Vordergrund stand die Energiepolitik der verschiedenen imperialistischen Länder, deren Konkurrenzkampf um neue Märkte für Nukleartechnologie sich verschärft.

Auf der einen Seite steht die angeblich neue Energiepolitik der USA. Carters „Energiesparprogramm" bedeutet Einschränkungen für das amerikanische Volk. Für das US-Finanzkapital soll es ein Schritt nach vorne sein, um die führende Rolle der USA im westlichen Bündnis zu festigen und sich zu stärken für die kriegerische Auseinandersetzung mit der sozialimperialistischen Supermacht um die Weltherrschaft.

Unter dem scheinheiligen Motto „keine weitere Verbreitung von Plutonium" schlägt Carter vor, daß alle Entwicklungsprogramme für Schnelle Brüter (ein Reaktor, der während des Betriebes neues spaltbares Material produzieren kann) zurückgestellt werden sollen. Es sollen keine Wiederaufbereitungsanlagen mehr an Entwicklungsländer verkauft werden. Der Bau von Leichtwasserreaktoren soll aber verstärkt werden. Was steckt hinter diesen Vorschlägen?

Uran muß angereichert werden, bevor es als Brennstoff dienen kann für Leichtwas-

„Solida

In der Mai-Nummer der Solidarität erschien nach langer Zeit der erste Artikel zu Fragen des Baus von Atomkraftwerken. Viele Gewerkschaftsmitglieder haben sich nach dem langen Schweigen endlich eine Stellungnahme gegen den Bau von Atomkraftwerken erwartet. Eine klare Position des Gewerkschaftsbundes im Interesse seiner Mitglieder. Der erschienene Artikel von Elisabeth Preiner ist aber eine unverschämte Propaganda für den Bau von AKW.

Dem Anschein nach ist der Artikel „objektiv". Er sagt, daß „viele Sicherheitsrisken zu bedenken" seien, daß das Atommüllproblem noch „nirgendwo zufriedenstellend gelöst werden" konnte. Erzählt über das Risiko eines Reaktorunfalles und schreibt am Schluß, daß laut einer Umfrage der Elektrizitätswerke „55% der Befragten meinten, das Land könne auf die Dauer nicht auf Kernenergie verzichten". Insgesamt wird das „Problem Kernenergie" als eine Frage der Wissenschaft behandelt, bei der Für und Wider ernsthaft erwogen werden muß. „Entscheidend bleibt die Aufklärung. Und die 100% garantierte Sicherheit", heißt es am Schluß des Artikels.

In dieser Art der Behandlung der Frage

Salzburg: „Auf Jagd nach dem AKW-Monopolprofit

serreaktoren (wie z.B. in Zwentendorf). Die USA haben bis jetzt die führende Stellung in der Urananreicherung. Das Uran für das AKW Zwentendorf wird auch aus den USA bezogen. Seit 1974 sind von den USA gar keine neuen Lieferaufträge mehr entgegengenommen worden. Seit diesem Zeitpunkt sind die westeuropäischen imperialistischen Länder gezwungen, Aufträge an die Sowjetunion zu vergeben. Die österreichische Regierung hat z.B. für das geplante AKW in St. Pantaleon Uranlieferverträge mit der Sowjetunion abgeschlossen.

Da aber die Schnellen Brüter kein angereichertes Uran dieser Art brauchen, bedeutet der amerikanische Plan die Sicherung ihres Monopols in der Brennstofflieferung. Die USA wollen ebenso die Verbreitung von Wiederaufbereitungsanlagen verhindern, um die Entwicklungsländer abhängig zu halten. Weiters laufen diese Vorschläge darauf hinaus, das Monopol einiger imperialistischer Großmächte in der Kernwaffenproduktion aufrechtzuerhalten, um andere Länder zu bedrohen und niederzuhalten.

Besonders die BRD-Imperialisten (aber auch Frankreich, Japan usw.) können sich mit diesem Vorhaben der USA nicht abfinden. Sie treten für die Entwicklung ihrer eigenen Kerntechnologie ein, um im Konkurrenzkampf mitmischen zu können. Sie befürworten den Ausbau der Schnellen Brüter, um nicht – wie vor kurzem durch die Verzögerung amerikanischer Uranlieferungen – in der Brennstofflieferung von den USA oder der Sowjetunion abhängig zu sein. Diese Länder verkaufen nicht nur AKW, sondern auch Wiederaufbereitungsanlagen, vor allem an die Entwicklungsländer, die derzeit den größten Markt dafür darstellen. Gerade die BRD-Imperialisten haben hier den USA ein 8 Milliarden Dollar Geschäft vor der Nase weggeschnappt: der Verkauf von AKW und einer Wiederaufbereitungsanlage an Brasilien.

Die Sowjetunion ist ebenfalls gegen den amerikanischen Vorschlag: sie will ihre Schnellen Brüter entwickeln, sie will überhaupt mit ihren Atomkraftwerken verstärkt auf den Markt kommen, um Profite zu scheffeln.

Die Stellungnahmen auf der Konferenz zeigten deutlich: den Imperialisten geht es genausowenig um Energie, wie es einen Kapitalisten interessiert, ob er seinen Profit mit Schuhen oder Kanonen macht. Es geht um Einflußsphären, um die Neuaufteilung der Welt.

Der Exekutivdirektor der Internationalen Energieagentur (IEA) Dr. Lanzke, der das erste Referat auf der Konferenz gehalten hat, brachte das alte berühmte Argument für die Kernenergie, womit die IEA ständig arbeitet: „Wir werden es erleben, daß noch vor Ende dieses Jahrhunderts die Ölproduktion in der Welt ihren höchsten Stand erreicht und dann anfängt, abzuflauen" und deswegen brauchen wir Atomkraftwerke. Aber der Kern dieses Problems mit der Energieknappheit liegt darin, daß 80 % der Weltreserven an Erdöl in der Dritten Welt liegen und daß die Völker der Dritten Welt in zunehmendem Ausmaß und immer erfolgreicher den Kampf gegen die Ausplünderung ihrer Ressourcen führen. Da die Internationale Energieagentur die Reaktion der westeuropäischen und US-Imperialisten auf den Zusammenschluß der Erdölländer darstellt, ist es auch klar, daß der Sprecher der IEA den Ausbau der Kernenergie fordert. Daran sieht man, daß auch diese Konferenz ein Versuch der Imperialisten ist, wieder an Boden zu gewinnen in der Erpressung und Ausbeutung der Dritten Welt.

Diesem Zweck dient auch die Unterstützung der Salzburger Konferenz durch die Österreichische Bundesregierung. Die Eröffnung dieses Spektakels hat der Bundespräsident Kirchschläger vorgenommen. Er hat in seiner Rede sein Vertrauen ausgedrückt, daß die anwesenden Wissenschaftler und Wirtschaftsexperten die Probleme des AKW-Ausbauprogramms lösen werden.

Die Salzburger Initiative der Atomkraftwerksgegner ist öffentlich gegen die Konferenz aufgetreten. Zu Beginn der Konferenz veranstaltete sie eine Protestkundgebung gegen Ende, am 12. Mai, findet eine weitere Kundgebung gegen diese Konferenz statt, um aufzuzeigen, daß sich die AKW-Gegner durch solches Propagandageschwätz nicht von ihrem nächsten Ziel abhalten lassen: Der Verhinderung der Inbetriebnahme von Zwentendorf!

k.v./Ortsgruppe Salzburg



IÖAG beschließt: Keine Teilnahme an den Aufklärungsdiskussionen in der von der Regierung geplanten Form

Wir konnten aus Platzgründen in der letzten Nummer des Klassenkampfs den zweiten Beschluß der Initiative Österreichischer Atomkraftwerksgegner (IÖAG), der am 16. April in Tulln gefaßt wurde, nicht bringen. Dieser Beschluß ist deshalb wichtig, weil er es der Regierung außerordentlich erschwert in die Bewegung der AKW-Gegner hineinzuspalten. Die feste Absicht der Regierung war und ist, Teile der Bewegung mit einer Teilnahme an der „2.Runde" zu ködern, um so die ganze Bewegung zu schwächen. Der Beschluß auf der Konferenz erleichtert es diese Versuche abzuwehren.

„Die Initiative der österreichischen Atomkraftwerksgegner wünscht an den Veranstaltungen eines zweiten Teiles der Regierungskampagne teilzunehmen. Als Voraussetzung dazu fordert die IÖAG jedoch die Erfüllung der folgenden Bedingungen:

a) Die Diskussionspartner der Atomkraftwerksgegner müssen die verantwortlichen Politiker - insbesondere die zuständigen Minister - sein, nicht jedoch Vertreter der Elektrizitätsgesellschaften oder der Kraftwerksindustrie.

b) Die betreffenden Veranstaltungen müssen selbstverständlich öffentlich sein und vom Fernsehen direkt übertragen werden.

c) Wir betrachten es als Zumutung, wenn eine zweite Phase der sogenannten Aufklärungskampagne abgehalten wird, während auf der anderen Seite die Vorbereitungen für die Einbringung der Brennstäbe und für den Probebetrieb unvermindert weitergehen.

Da uns das Bundesministerium Handel, Gewerbe und Industrie bereits mitgeteilt hat, daß es diese Forderungen nicht zu erfüllen gedenkt, werden die in der IÖAG zusammengeschlossenen Gruppen an den Diskussionen der 2.Phase nicht teilnehmen, wenn diese in der vom Ministerium geplanten Form durchgeführt werden.

In diesem Zusammenhang fordern wir die sofortige Veröffentlichung der Protokolle des 1.Teils der Kampagne in ihrer momentanen Form." (auszugsweise)

rität": Infame Propaganda für den Bau von Atomkraftwerken

liegt schon die hauptsächliche Infamie des Artikels. Denn tatsächlich geht es in der ganzen Frage nicht einfach um das Für und Wider - das in dem Artikel auch noch entsprechend zurechtgebogen wird, darüber weiter unten -. Tatsächlich ist es so, daß die Regierung den forcierten Ausbau von AKW'en schon längst beschlossen hat, daß, wenn es nicht den Widerstand im Volk gäbe, Zwentendorf schon längst in Betrieb genommen worden wäre und die Regierung auch weiterhin die Absicht hat, dieses AKW so schnell als möglich in Betrieb zu nehmen. Tatsache ist, daß angefangen von den Regierungsveranstaltungen bis zu der Artikelserie im Kurier alles unternommen wird, um das Volk glauben zu lassen, die AKW Frage, sei eine Frage der Debatte, bei der sich halt vielleicht manche Politiker noch nicht gründlich genug mit allen Fragen auseinandergesetzt haben, und die das deshalb jetzt nachholen müßten.

Tatsache ist, daß es dieses Spiel gibt, während gleichzeitig Zwentendorf fertiggestellt, Lieferverträge für weitere AKWe abgeschlossen und neue Straßen nach Allentsteig für den Transport des Atommülls gebaut werden. - Darüber schweigt der Artikel in der Solidarität. Denn sonst müßte er erklären, warum die Regierung so finster entschlossen ist, unter allen Umständen Atomkraftwerke zu bauen.

Jedes Detail - eine Frechheit

So heimtückisch wie im Ganzen, ist er auch im Detail.

Gleich zu Beginn wird geschrieben, daß die Vorstellung, daß Kernkraftwerke gezähmte Atombomben seien, die in die Luft gehen könnten und Mensch und Umwelt in einem riesigen Radius vernichten könnten, völlig falsch sei - wenn auch Sicherheitsrisken zu bedenken seien.

Tatsache ist, daß Atomkraftwerke zwar nicht wie Atombomben in die Luft gehen können - bei denen ist die radioaktive Strahlung im Vergleich zur übrigen zerstörerischen Wirkung nämlich relativ geringer - daß aber vom technischen Überwachungsverein (TÜV) in Deutschland bei einem Großunfall im dichtbesiedelten Gebiet 1,6 Millionen Tote für möglich gehalten werden.

Eine Spalte später wird gleich nach der angeblichen Argumentation der AKW-Gegner „unser aller Untergang sei eingeleitet, sobald in Österreich das erste Kernkraftwerk in Betrieb genommen wird" im Plauderton erzählt, daß in der ganzen Welt 168 Atomkraftwerke stehen und noch mehr gebaut werden. So soll sugeriert werden, daß diese armen Narren gerade gegen dieses eine AKW protestieren, wo es doch überall mehr und mehr von ihnen gibt.

Tatsache aber ist, daß es wohl wenig AKW in den imperialistischen Ländern gibt, gegen die sich in letzter Zeit keine Bewegung im Volk gebildet hat - wenn sie in faschistischen Ländern, wie der Sowjetunion auch im Untergrund arbeiten muß.

Nicht viel weiter im Artikel wird im Ton von unveränderlich feststehenden Tatsachen der Rassmussen-Report über die Wahrscheinlichkeit von AKW-Unfällen zitiert. 1: 5 000 000 sei die Wahrscheinlichkeit, bei einem Reaktorunfall ums Leben zu kommen - ein US-amerikanisches Machwerk. Denn tatsächlich läßt sich bestenfalls in Technologien, die man voll beherrscht und lange kennt, eine Ausfallswahrscheinlichkeit ermitteln, - die dann nebenbei nichts aussagt, wann dieser Ausfall eintritt. Bei Überlegungen aber über Ereignisse, die man noch nicht kennt, z.B. einen Ausfall des Kühlsystems, sind alle Annahmen darüber, ob dann das Notsystem 1.funktioniert und 2.wirksam ist, reine Spekulation.

Und so geht es weiter in einem fort. Am Ende des Artikels kommt es aber ganz dick. Mit einem Zitat aus einer Untersuchung der E-Werke soll bewiesen werden, daß die Mehrheit der österreichischen Bevölkerung für AKW ist - siehe das Zitat zu Anfang des Artikels.

Was aber steht tatsächlich in dieser Untersuchung, die im Herbst 1974 (!) begonnen wurde: „Faktum ist, daß lediglich ein Fünftel der Österreicher den Bau von Kernkraftwerken....für unbedenklich hält," (ÖZE, Jg.29, Heft 5)

Und wie ist das mit den 55%? In derselben Untersuchung steht, daß 58% der Meinung sind, „...daß der Bau von Kernkraftwerken vielmehr unvermeidlich ist." Ein Ausdruck der Schwäche der Anti-AKW-Bewegung zu dieser Zeit wird umgelogen in gute Aussichten für die E-Werke. Wie es tatsächlich steht, zeigt eine Abstimmung über die Müllagerung in Allentsteig:

2% für die Müllagerung
2% ohne Ansicht
96% dagegen.

F.N.

Gehaltsverhandlungen im öffentlichen Dienst:

Kein Abstrich von 9,75 %! Für einen ausreichenden Mindestbetrag!

Zu Verhandlungsbeginn der Lohnrunde im öffentlichen Dienst am 3. Mai sind die Forderungen der Gewerkschaften des Öffentlichen Dienstes bekanntgeworden:

* 9,75% ab 1.1.1978 einheitlich;
* „flankierende Maßnahmen" bzw. einen Mindestbetrag für „Kleinstverdiener";
* Laufzeit 12 Monate;
* keine Stillhalteklausel für die Dauer der Laufzeit.

Die Regierung hat bisher öffentlich nicht reagiert auf diese Forderungen. Die von der Gewerkschaftsführung präsentierten Forderungen geben ihr allerdings eine gute Angriffsfläche, um den Lohnabbau im Öffentlichen Dienst weiterzutreiben und den Rationalisierungsdruck auf die Beschäftigten im Öffentlichen Dienst zu verstärken.

9,75 % können den Reallohnabbau nicht stoppen

An die 80 % der im Öffentlichen Dienst Beschäftigten verdienen unter S 10.000,- im Monat, weit über die Hälfte unter S 7.500,-, jeweils brutto.

Schon der Gehaltsabschluß im letzten Jahr war denkbar schlecht gewesen: abgeschlossen wurde im Juli 1976 auf 18 Monate und in einer Höhe, die bereits spürbaren Abbau des Reallohns bedeutete. Nehmen wir ein Beispiel für die Entwicklung des Gehalts einer vertragsbediensteten Schwester (Verwendungsgruppe C, Schema IV,- Diplomierte Krankenschwester) im 10. Dienstjahr (brutto):

	Brutto Grundgehalt	Allgemeine Dienstzulage	Brutto	Erhöhung gegenüber 1. 7. 1975 %	% in S
1.7.75	5.903,-	731,-	6.634,-		
1.7.76	6.466,-	775,-	7.241,-	+ 9,1 % gegenüber I/75	+ 607,-
1.1.77	6.574,-	786,-	7.333,-	+ 10,5 % gegenüber I/75	+ 699,-

Ab 1. Jänner dieses jahres bezog die Schwester also um S 699,- mehr als am 1. Juli 1975, wobei dieser Satz für das ganze Jahr 1977 gelten soll. Der 10,5 %-Erhöhung gegenüber 1975 steht im 18-Monate-Zeitraum des Abkommens eine voraussichtlich knapp 10%-ige Erhöhung der Lebenshaltung gegenüber. Dabei muß bedacht werden, daß die Gehälter brutto gerechnet sind, von denen noch keine einzige Steuer abgezogen wurde und daß die Lohnsteuerprogression jeweils schneller gestiegen ist, als die Löhne erhöht wurden. Besonders skandalös war die 1,5%-Erhöhung per 1.1.77. Dazu schrieb uns ein Eisenbahner (G.U., Hauptwerkstätte Linz):

Schon allein die Preiserhöhung in der ÖBB-Kantine (Linz) hat mehr ausgemacht, als die 1,5%-Gehaltserhöhung. Zum Beispiel: Gehaltsgruppe IV a/3 von S 6.565,- auf S 6.655,- erhöht, das sind S 90,- brutto bzw. rund S 60,- netto.

Der Essenspreis wurde um zwei Schilling erhöht, der Kaffee billiger Sorte um einen Schilling.

40 Essen (Mittags und abends ... S 80,- teurer, 20 Kaffee ... S 20,- teurer – ergibt Mehrausgaben für ein Monat um hundert Schilling allein auf Grund der Kantinenpreiserhöhung. Demgegenüber netto nur um sechzig Schilling mehr! Aber sind nur die Kantinenpreise gestiegen? Nein, keineswegs. Seit Monaten hat sich die Lebenshaltung spürbar verschlechtert ... Verschlechtert hat sich unsere Lage auch durch erhöhten Verschleiß der Arbeitskraft, durch Personaleinsparungen, Sonderschichten, Überstundenschinderei und Zeitstoppungen. Das ist von Dienststelle zu Dienststelle verschieden, getroffen werden letzten Endes aber alle produktiv arbeitenden Eisenbahner."

Eine 9,75 %-Erhöhung würde für die Masse der im öffentlichen Dienst beschäftigten Arbeiter und kleinen und mittleren Bediensteten etwa 6 - 7.00,- brutto bringen, netto höchstens S 500,-. Fünfhundert Schilling im nächsten Jahr mehr: jeder merkt selbst, daß er in diesem Jahr immer tiefer in die Tasche hat greifen müssen. Daß die Arbeit immer schwerer geworden ist und dementsprechend die Erhaltung der Arbeitskraft mehr kostet.

Die Gewerkschaftsführung hat die 9,75 % als Ausgangspunkt der Verhandlungen aufgestellt. Es ist so gut wie sicher, daß sie dem Druck der Regierung nachgeben wird und tiefer hinuntergehen wird. Die Regierung hat sich bekanntlich auf 6 - 7% orientiert. Die 9,75 % sind aber das Minimalste, das durchgesetzt werden muß. Ein Zurückweichen der Gewerkschaftsführer kann aber nur der Druck der Mitgliedermassen selbst verhindern. Jetzt wäre es unbedingt nötig, auf Dienststellenebene Beschlüsse in dieser Richtung zu fassen. Stillhalten bringt nichts. Notwendig ist es jetzt auch, über die Höhe eines Mindestbetrages zu reden. Die Gewerkschaftsführung hat zwar einen Mindestbetrag „für die Kleinstverdiener" gefordert, ohne über die Höhe ein Wort zu verlieren. Außerdem hieß es: „Mindestbetrag oder flankierende Maßnahmen." Eine derart unklare Haltung wird der Regierung Gelegenheit geben, hier einen Angriff zu starten, etwa einen Mindestbetrag gegen eine Streichung der untersten Gehaltsgruppen auszuspielen usw. Das darf nicht geschehen.

Vom Mindestbetrag darf nicht abgegangen werden und nötig wäre es, eine ausreichende Höhe festzulegen. Denn eine reine Prozenterhöhung wird die Spaltung bei den Einkommen im Öffentlichen Dienst weiter vertiefen, jene mit höheren Gehältern werden mehr bekommen als jene mit niedrigeren. Das schwächt die Kampfkraft. Denn Einheit wird nötig sein, um dem Druck des Staates wirkungsvoll entgegnen zu können. Jede weitere Verschlechterung aber des niedrigen Lohnniveaus im Öffentlichen Dienst wird der Regierung günstigere Ausgangspositionen in die Hand spielen, die kapitalistische Rationalisierung im Öffentlichen Dienst noch schärfer durchzuziehen ebenso wie die reaktionären Verschärfungen des besonderen Dienstrechts.

H.H.

Fakten über Lohnniveau und Beschäftigungsstruktur im öffentlichen Dienst

Tabelle 1 I. Schichtung der Bezüge der vom Bund besoldeten Bediensteten

(Bundesbedienstete und Landeslehrer) Stand 1976

	Aktive			Pensionisten			Zusammen		
	Anzahl	Prozent	Prozent zusammen	Anzahl	Prozent	Prozent zusammen	Anzahl	Prozent	Prozent zusammen
bis 5.000 S	43.000	12,3	–	30.000	15,4	–	73.000	13,4	–
von 5.001 S bis 7.500 S	153.000	43,7	(56,0)	80.000	41,0	(56,4)	233.000	42,7	(56,1)
von 7.501 S bis 10.000 S	73.000	20,8	(76,8)	70.000	35,9	(92,3)	143.000	26,3	(82,4)
von 10.001 S bis 12.500 S	31.000	8,9	(85,7)	10.000	5,1	(97,4)	41.000	7,5	(89,9)
über 12.500 S	50.000	14,3	–	5.000	2,6	–	55.000	10,1	–
	350.000	100,0		195.000	100,0		545.000	100,0	

Wer sind die „Beamten" und was verdienen sie? Laut den Hetzartikeln der bürgerlichen Presse Menschen mit Ärmelschonern, die nicht viel arbeiten und zuviel verdienen. Die Wirklichkeit sieht allerdings anders aus. Bei den Öffentlich Bediensteten (Bundesbedienstete und Landeslehrer) verdienen mehr als Dreiviertel aller aktiven Bediensteten unter S 10.000,- brutto im Monat und fast 60 % unter 7.500,-. Das sind 269.000 der 350.000 Bundesbediensteten. Der größte Teil, nämlich 153.000 Bundesbedienstete verdient zwischen 5.000,- und 7.500,- brutto, 43.000 sogar unter S 5.000,-, wie die Tabelle 1 zeigt.

Tabelle 2 II. Ständiges Personal laut Stellenplan der ÖBB

Dienstzweig	Veranschlagter Stand vom Jänner 1977			
	Beamte [2])	Angestellte [3])	Lohnbedienstete [4])	Summe
Zentraldienst	4.000	56	619	4.675
Bahnhof- und Zugbegleitdienst	22.125	240	6.385	28.750
Zugförderungs- und Werkstättendienst	13.945	40	3.938	17.923
Schiffahrtsdienst	30	1	9	40
Bau- und Bahnerhaltungsdienst	7.920	75	2.635	10.630
Vorratslagerdienst	510	6	174	690
Sicherungs- und Fernmeldedienst	2.270	37	678	2.985
Elektrobetriebs- und Kraftwerksdienst	1.700	18	302	2.020
Elektrifizierungsbaudienst	100	12	10	122
Kraftwagendienst	1.990	15	535	2.540
Summe...	54.590	500	15.285	70.375

Wie man sieht, verdienen lediglich 50.000 Bedienstete über S 12.500,-; darunter fallen auch diejenigen, gegen die die Bevölkerung berechtigterweise aufgebracht ist: die Spitzen des bürgerlichen Staatsapparates.

Bei Gemeinde, Post und Bahn ist das Lohnniveau eher noch niedriger. So fällt etwa die Masse der Eisenbahner in die Gehaltsgruppen 3, 4 und 5 der zehn Gruppen und verdient zwischen sechs- und siebentausend brutto. Ein Hilfsarbeiter in der Gruppe I verdient monatlich mindestens S 5.243. Ein hoher Funktionär in der Gehaltsgruppe X bis S 42.000,- im Monat. Letzterer würde nach der 9,75 %-Erhöhung ca. 46.000 verdienen, um etwa 4.100,- mehr, der Hilfsarbeiter nur um S 512,- mehr.

Tabelle II, „Ständiges Presonal der ÖBB"

(aus: Der öffentlich Bedienstete 4/77)

Tabelle 2 veranschaulicht, daß der Großteil der Eisenbahner von ihrer Tätigkeit her Arbeiter sind: von den 70.375 ÖBB-Bediensteten sind nur 4.000 im Zentraldienst beschäftigt, davon lediglich 68 personen oder 0,09 Prozent in der Gehaltsgruppe Zehn. Lediglich 1.873 oder 2,6 Prozent der Eisenbahner sind im gehobeneren Zentraldienst beschäftigt (Gehaltsgruppe VII b bis X, laut Dienstpostenplan 1977 der ÖBB). Demgegenüber fallen in die Gehaltsgruppen I bis IV 35.861 Beschäftigte und in die niedrigst bezahlte Gruppe, die Lohnbediensteten, 15.285. Diese beiden Gruppen machen circa 73 Prozent der ÖBB Bediensteten aus, sie sind zum überwiegenden Teil Arbeiter.

Von den über 55.000 Postbediensteten sind nur 300, also 0,5 Prozent, im Höheren Verwaltungsdienst. Die Masse fällt in die Verwendungsgruppen C bis E, beginnend beim „Garage- und Werkmeisterdienst" bis zum „Einfachen Werkstättendienst" und den 1.050 Lehrlingen. Sie machen über 80 Prozent der Postbediensteten aus. Ähnlich ist auch die Struktur bei den Gemeinde- und Bundesbediensteten. Die Magistratsabteilung 17 der Gemeinde Wien etwa (Pflegeheime, Krankenanstalten, AKH) umfaßt 18.000 Bedienstete. Die Masse davon in den unteren Verwendungsgruppen: so 7.068 Krankenschwestern in den Verwendungsgruppen C und D/E. Den Massen der werktätigen Bediensteten stehen 5 Juristen und 15 Abteilungsvorstände in der Verwendungsgruppe A entgegen. Sie machen lediglich 0,1 % der in der MA 17 Bediensteten aus.

Diese hochbezahlten Funktionäre des bürgerlichen Staatsapparates haben mit den werktätigen Massen im öffentlichen Dienst aber schon gar nichts gemeinsam. Man sieht, worauf die Hetze gegen die „Beamten" abzielt: am berechtigten Haß des Volkes gegen die Parasiten anzusetzen und sie mit den gesamten im öffentlichen Dienst Beschäftigten gleichzusetzen, mit dem Ziel, die Massen der Arbeiter im öffentlichen Dienst von der übrigen Arbeiterklasse abzuspalten und die Solidarität der Arbeiterklasse mit den kleinen und mittleren Bediensteten zu untergraben.

Parteieneinigung zur Spitalsfinanzierung:

Kapital und Arbeit stürzen sich auf die Gelder der Sozialversicherungen

In der Frage der Spitalsfinanzierung scheinen die beiden großen bürgerlichen Parteien ihre Differenzen überwunden zu haben. Ein gemeinsamer Beschluß von SPÖ und ÖVP steht bevor.

Angeblich ist man sich auf den fünf „Spitalsgipfeln", die inzwischen abgehalten wurden, nähergekommen und wurde in der in Permanenz tagenden Spitalskommission ein Kompromiß „erkämpft". Tatsache jedoch ist, daß man sich bis jetzt nur nicht über das WIE der Ausplünderung der Krankenkassen und Lohnabhängigen einigen konnte.

Hier in kurzer Form die wichtigsten Vorschläge, die bis jetzt von ÖVP und SPÖ gemacht wurden:

- Erhöhung der Rezeptgebühr von derzeit 6 Schilling auf 12 oder 15 Schilling. (Bereits eine Erhöhung um einen Schilling bringt den Kassen Mehreinnahmen von 60 Mio.S!)

- Verkleinerung des Medikamentenpakkungs-Inhaltes. In Verbindung mit obiger Maßnahme muß dann öfters die Rezeptgebühr bezahlt werden, bzw. kommt dann das Medikament selbst billiger als die Rezeptgebühr.

- Bestimmte Medikamente soll es überhaupt nicht mehr auf Kassenkosten geben, wie etwa die sogenannten „Bagatellmedikamente" wie Abführ- und Kopfwehtabletten, was eine Einsparung von 240 Mio.S für die Kassen bringt.

- Streichung des Entbindungsbeitrages. Argument: Es gibt ja ohnehin die Geburtenbeihilfe. Ersparnis für die Kassen rund 100 Mio.S.

- Streichung des Bestattungskostenbeitrages. Argument: Es gibt ja ohnehin eine hohe Selbstvorsorge der Bevölkerung. Ersparnis für die Kassen 370 Mio.S.

- „Bessere" Kontrolle der Krankenstände

- Einfrieren der Mittel für die Gesundenuntersuchung und ihre Bindung als sogenannte „Rücklagen", was bedeutet, daß diese Sozialversicherungsgelder für die Sozialversicherung ohne Einverständnis des Staates nicht mehr verfügbar sind.

- Das Wochengeld soll zur Gänze der Bund tragen, was der Kasse 471 Mio. Ersparnis bringt und Androsch ein neues Argument für eine neue Steuer.

- Auch der Vorschlag der Wiedereinführung der Krankenscheingebühren tauchte wieder auf. Bei einer Gebühr von 20 S bringt das pro Jahr 350 Mio.S.

- Ausweitung des „Selbstbehaltes" der versicherten Lohnabhängigen durch die Spaltung der Sozialversicherung in zwei Kategorien. Kategorie A mit Selbstbehalt etwa bei Zahnbehandlungen, Gehbehelfen etc. für Leute, die auf die „Bagatellmedikamente" nicht verzichten, Kategorie B mit erweiterten Leistungen der Kassen nach oben hin, für Leute, die ihre „billigen" Medikamente selbst bezahlen.

- Selbstbehalt bei Spitalsaufenthalt. Z.B. 100 S pro Tag die ersten 14 Tage, dann weniger. Argument: Schließlich gibt es sowieso eine Entgeltfortzahlung. Am 17.Mai, beim 6.und vorerst letzten „Spitalsgipfel", soll nun Einigung darüber erzielt werden, welche Maßnahmen die tauglichsten sind, um verstärkt Gelder der Sozialversicherung aus den verschiedensten Bereichen abzuziehen und in die Spitalsfinanzierung zu stecken.

Die weitere Belastung der Massen geht einher mit der weiteren Einschränkung der „Selbstverwaltung"

Besonders hervorzuheben ist, daß sich der Hauptstoß gegen die Krankenkasse der Lohnabhängigen richtet: ihr soll der „schwarze Peter" zugeschoben werden.

Nicht nur, daß sie ihre Leistungen einschränken soll, gleichzeitig soll sie noch mehr unter die Fuchtel des bürgerlichen Staates kommen. Einig sind sich die Parteien bereits über die Schaffung von einem Bundesfonds und neun Länderfonds, in denen alle drei „Teile" (Bund, Länder, Sozialversicherung) einzahlen sollen. Von der vielgepriesenen „Selbstverwaltung" der Kassen wäre dann rein gar nichts mehr vorhanden. Konnten die Kassen schon jetzt nur nach dem engen gesetzlichen Rahmen handeln, so wird ihnen jetzt überhaupt das Recht bestritten, zumindest teilweise zu bestimmen, was mit eingezahlten Krankenversicherungsbeiträgen zu geschehen hat. Einmal in die Fonds eingezahlt, sind die Gelder völlig ihrer Verfügungsgewalt entzogen.

Das ist auch das Ziel der Kapitalistenklasse und ihres Staates. Einerseits sind sie gierig auf die Gelder der lohnabhängigen Versicherten, andererseits wollen sie die Einheitlichkeit und Selbständigkeit der Sozialversicherung der Lohnabhängigen, wo es nur geht einengen und beschneiden, denn eine einheitliche und selbständige Sozialversicherung ist ein wichtiger Hebel für die Arbeiterklasse, um die Bedingungen im Kampf gegen die kapitalistische Ausbeuterordnung zu verbessern.

Weder die Gewerkschaften, noch die Sozialversicherung selbst sind bisher gegen die Pläne aufgestanden. Die Ursache liegt in dem noch starken Einfluß der SP-Reformisten in der Gewerkschaft, die nicht nur tatenlos zusehen, wie ein als Kampfmittel der lohnabhängigen Werktätigen gedachtes Instrument weiter entschärft wird, sondern die sogar Vorreiter für diese Politik im Dienste der Kapitalisten und ihres Staates sind. Nicht umsonst sitzen ihre Parteibrüder in der Regierungspartei und verwalten die Geschäfte der Kapitalistenklasse.

Entscheidend ist es, daß sich die Lohnabhängigen in den Betrieben zu diesen Fragen Klarheit verschaffen und mittels Beschlüssen oder anderen gewerkschaftlichen Kampfmaßnahmen Einfluß auf diese reaktionäre Entwicklung nehmen. Ansätze dazu hat es schon gegeben: So wurde vom Zentralbetriebsrat der Steyr-Daimler-Puch AG eine Resolution schon am 23.11.1976 beschlossen, die sich eindeutig gegen eine Beitragserhöhung oder Leistungsverkürzung bei der Krankenkasse wendet. Obwohl noch von einer Menge Illusionen in dem Staat behaftet (die Verfassung wird heraufbeschworen) hält sie jedoch eindeutig fest:

„Der Zentralbetriebsrat wehrt sich ..entschieden dagegen, daß man ..andere notwendige Leistungen an die Versicherten einzuschränken versucht, oder gar eine Erhöhung der Kassenbeiträge zu Lasten der Arbeitnehmer erzwingen will.

...*Jede* Leistungskürzung, die über einen solchen Weg entsteht, wird von der Arbeitnehmern in aller Entschiedenheit abgelehnt."

Eine ähnliche Resolution wurde in Vöcklabruck bei der Bezirkskonferenz des ÖGB, Ende März 1977 einstimmig gefaßt.

p.b

Weitere Verschärfung der Krise auf europäischem Stahlsektor

Nachdem die Rohstahlproduktion der neun EG-Länder für das zweite Quartal 1977 nur noch auf 23,7 Mill. t eingeschätzt wird, (1976 waren es immerhin noch 34,5 Mill. t und 1974 sogar 39 Mill. t), hat die EG per 10. Mai eine Mindestpreisverordnung für Betonstahl in Kraft gesetzt. Eine solche Maßnahme kommt einem Schutzzoll gleich, der die japanischen und sowjetischen Importe beschränken soll. Damit hat sich der internationale Konkurrenzkampf auf dem Stahlsektor um einen weiteren Grad verschärft. Gleichzeitig hat die EG Vorkehrungen getroffen für eine spätere Einführung einer direkten Zoll-Steuer für billige Stahlimporte.

In allen EG-Staaten ist in den nächsten Monaten mit sprunghaftem Ansteigen der Kurzarbeit zu rechnen und mit vermehrten Betriebsstillegungen. Offiziell wird von weit mehr als 150.000 neuen Kurzarbeitern im EG-Raum gesprochen, nachdem es bereits überall zu massenhaften Entlassungen gekommen war, wie z.B. in der französischen Stahlindustrie (12.000 Arbeiter).

Und in Österreich? In Österreich zieht die VÖEST-Alpine, die ebenfalls mit größten Absatz- und Preisproblemen kämpft, ihr Programm – größtmöglicher Beschäftigtenabbau im Rahmen der natürlichen Fluktuation, frühe Pensionierung – streng durch." ('Presse', 7./8. 5.). Es wird auch in Österreich nicht mehr lange dauern, bis die Stahlindustrie auf Kurzarbeit und Entlassungen setzt, um international konkurrenzfähig zu bleiben.

G.Sch.

10 - 12 Stunden sind zuviel - wir brauchen mehr Arbeitskräfte

10 bis 12 Stunden an Wochentagen, 5 bis 8 und mehr Stunden an Samstagen - so schaut heute die Arbeitszeit für die meisten Kollegen bei Wertheim/Wien aus. Der Grund: ausgezeichnete Auftragslage der Kapitalisten, vor allem im Rolltreppenbau und Kassenbau, zu wenige Arbeitskräfte und zu niedriger Lohn.

Durch die schlechten Lohnabschlüsse sowohl bei der „Innerbetrieblichen" als auch beim Kollektivvertrag ist es für die Kapitalisten heute möglich, ohne allzu große Schwierigkeiten die Ausbeutung zu steigern, v.a. dadurch, daß sie die Arbeitsdauer rigoros verlängern. Der zu niedrige Lohn zwingt die Kollegen, Überstunden zu machen. Einer der wesentlichsten Schritte der Wertheim-Kapitalisten daraufhin ist, die Zahl der Beschäftigten möglichst niedrig zu halten. Den wenigen Neuaufnahmen in den letzten Jahren steht die Kündigung von 150 Kollegen 1975 und die natürlichen Abgänge durch Pensionierung und Arbeitsplatzwechsel usw. gegenüber.

„Wir müssen heute für zwei arbeiten" - sagen viele Kollegen und treffen damit genau die Situation. In vielen Abteilungen werden die Abteilungsleiter aufgefordert, daß diese von den Kapitalisten neue Arbeitskräfte anfordern. „Die Kosten sind zu hoch" bekommen sie zu hören. Was auch eine klare Antwort der Kapitalisten ist. Denn ihnen gehts doch immer darum, durch die Steigerung der Ausbeutung noch höhere Gewinne zu erzielen. Einige Zahlen zeigen das sehr deutlich:

So stieg z.B. der Umsatz zwischen 1971 und 1975 um über 100%, davon allein in den Jahren von 1973 bis 1975 um rund 64%. Die Lohnkosten dagegen fielen, gemessen am Umsatz von 59,8% im Jahre 1973 auf 46,3% im Jahre 1975. Dies nicht zuletzt dadurch, daß mit gleichem bzw. verringertem Beschäftigungsstand ein Vielfaches mehr an Werten produziert wurde. Und nicht zuletzt ging dies nur dadurch, daß massive Überstundenschinderei gemacht und die Arbeitshetze gesteigert wurde.

Immer stärker entwickelt sich daher auch die Forderung nach Aufnahme von neuen Arbeitskräften und immer mehr Kollegen erkennen, daß eine solche Forderung geeignet wäre, gegen die bestehenden Mißstände anzukämpfen. Denn tauglich ist diese Forderung, richtet sie sich doch gegen die Absichten der Kapitalisten, die Arbeitshetze und Ausbeutung weiter zu steigern, d.h. mit geringer Anzahl von Arbeitskräften immer mehr zu produzieren. Diese Forderung aber kann und muß sich auch richten gegen die Überstundenschinderei, den dadurch wird ein ungeheurer Raubbau an der Arbeitskraft und Gesundheit der Kollegen betrieben. S.

Zelle Wertheim/Wien

Tirol, Röhrenwerk TRM: Unfälle häufen sich

Es häufen sich die Unfälle im Röhrenwerk. Erst neulich ereignete sich in der Kernmacherei ein schwerer Arbeitsunfall, bei dem der türkische Kollege Tanik lebensgefährliche Verbrennungen erlitten hat. Nur dem selbstlosen Einsatz einiger Arbeitskollegen ist es zu verdanken, daß Kollege Tanik in den Flammen nicht umgekommen ist. Aber auch die schweren Verbrennungen hätten vermieden werden können, wenn genügend Feuerlöscher vorhanden gewesen wären und die Kollegen diese hätten prompt bedienen können; wenn Kollege Tanik einen feuersichern Anzug und leicht ausziehbare Sicherheitsschuhe angehabt hätte, wie es in solchen Abteilungen mancher anderer Betriebe der Fall ist.

Dieser letzte schwere Unfall muß uns dazu veranlassen, dringend folgende Forderungen aufzustellen:

- SOFORTIGE ANSCHAFFUNG VON AUSREICHEND VIELEN FEUERLÖSCHERN!
- UNTERWEISUNG DER GESAMTEN BELEGSCHAFT WÄHREND DER ARBEITSZEIT IM GEBRAUCH DIESER GERÄTE (FÜR AUSLÄNDER IN IHRER MUTTERSPRACHE)!
- REGELMÄSSIGE ROUTINEÜBUNGEN IN DER BRANDBEKÄMPFUNG

Dort, wo es den einzelnen Arbeitern erforderlich erscheint:

Die sofortige Durchführung anderer Sicherheitsvorkehrungen wie Sicherheitsanzüge, Sicherheitsschuhe u.dgl.

- KONTROLLE ALLER DIESER MASSNAHMEN DURCH DEN BETRIEBSRAT!

FÜR DIE KAPITALISTEN IST DAS BETRIEBLICHE SICHERHEITSWESEN EINE REINE KOSTENFRAGE

Steigende Arbeitshetze und der immer größere Kräfteverschleiß, dem die Werktätigen unterworfen sind, lassen die Unfallgefahr rapide ansteigen und damit auch die Gefahr des erhöhten Arbeitsausfalles. Nun gehen die Kapitalisten bei allen Entscheidungen von ihrem Profit aus und niemals vom Interesse der Werktätigen zum Schutz ihrer Arbeitskraft vor Unfällen und Krankheit. Für die Kapitalisten rentieren sich entsprechende Ausgaben für die Unfallverhütung, ausreichende betriebsärztliche Versorgung und dergleichen nur dann, wenn diese geringer sind, als die durch Unfälle und Arbeitsausfall entstehenden Kosten. Solange also die Kapitalisten bestimmen, welche Maßnahmen getroffen werden, um Unfälle zu vermeiden, ist es um die Sicherheit und Gesundheit der Belegschaft schlecht bestellt. Zelle TRM, Innsbruck

Um die Arbeiterklasse niederzuhalten rüsten sich die Kapitalisten gegen Streiks aus

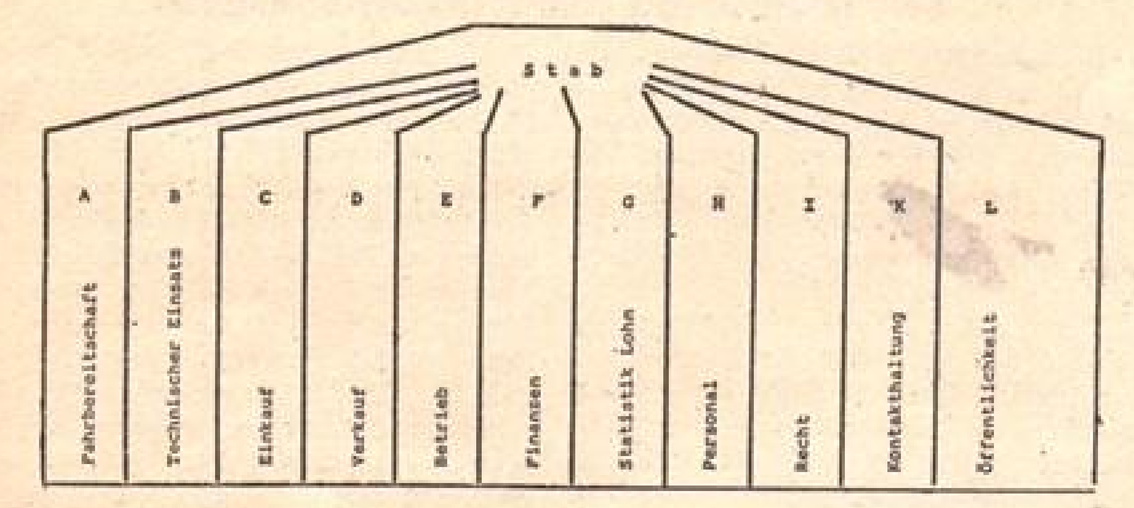
Bei den letzten Kollektivvertrags-Verhandlungen der Metall- und Bergarbeiter drohte die Gewerkschaftsführung in der letzten Verhandlungsphase den Kapitalistenvertretern mit einem Streik der Metallarbeiter. Zu diesem Zeitpunkt ging es schon nur mehr um Zehntelprozente und um Nebenfragen. In der Hauptsache, nämlich bei den Ist- und Mindestlohnerhöhungen hatte die Gewerkschaftsführung bereits vollständig vor den Kapitalisten und deren Interessen kapituliert. Um die Kapitalistenseite nicht vollständig triumphieren zu lassen und auf Grund des wachsenden Unmuts in den meisten Betrieben über das Vorgehen der Kapitalisten und das Verhalten der Gewerkschaftsführung demgegenüber, entschloß sich die Gewerkschaftsführung also zur Streikdrohung. In einer Reihe von Betrieben, so z.B. in der VÖEST-Alpine und bei Puch-Graz, wurden daraufhin sofort Vorbereitungen zur Durchführung des Streiks eingeleitet.

Doch wie gefährlich ein Streik sein kann und welche Folgen er für die Arbeiterklasse haben kann, wenn es eigentlich um keine Forderungen mehr geht, hinter der sich alle Metallarbeiter einheitlich organisieren lassen, und der auch nur oberflächlich und halbherzig von der Gewerkschaftsführung vorbereitet wird, zeigt die Reaktion der Kapitalistenvereine. Den Kapitalisten ging es darum, im Falle eines Streiks kräftig zurückzuschlagen, die nicht gut für einen Streik organisierten Arbeiter niederzuschlagen und so in der nächsten Zukunft größeren Spielraum für ihre Angriffe auf das Lebensniveau und auf die Arbeitsbedingungen der Arbeiterklasse zu haben.

Nachstehend drucken wir Auszüge aus einem Rundschreiben der Bundeswirtschaftskammer an ihre Mitglieder, die einzelnen Kapitalisten, ab: wie sie sich im Falle eines Streiks zu verhalten haben und welche Möglichkeiten bestehen, die Arbeiter niederzuschlagen. Wesentliches Instrument in der Hand der Kapitalisten ist dazu das bürgerliche Recht und der bürgerliche Justizapparat.

Red.

Auszug aus dem "Streikabwehr-Schema" der Bundes wirtschaftskammer



A Fahrbereitschaft

1.) Transportplan für Arbeitswillige/Festlegung von Sammelplätzen
2.) Erfassung aller Privatwagenbesitzer (Liste von Personalabt. H)/ Transport der Arbeitswilligen/Anfahrt im Konvoi/Anweisung allfälliger Kilometergelder
3.) Anmietung von Omnibussen
4.) Transportsicherung für den reibungslosen Ablauf der Transporte
5.) Transportsicherstellung für die erforderlichen Warentransporte (Auslieferungen)
6.) Innerbetriebliche Transporte; Zubringen von Materialien zu den jeweiligen Arbeitsstätten; Abtransport der Waren.

H Personal

1.) Erfassung aller Arbeitswilligen
2.) Erfassung und Erstellung eines Einsatzplanes des nicht unbedingt benötigten technischen und kaufmännischen Personals
3.) Neueinstellungen
4.) Bereitstellung von Personal für: Innerbetriebliche Transporte, Ameisenfahrer; Lager; Materialausgabe; Fahrdienst, Fahrbereitschaft; Bereitschaftsdienst; Feuerschutz-Gebäudeschutz; Küche; Telephon, Läufertrupp, Ordnungstrupp; Bewachung für Kameraleute und Lautsprecher.
5.) Aufstellung einer Liste aller Privatwagenbesitzer und Übergabe an Fahrbereitschaft (A)
6.) Information und Gegeninformation
7.) Anweisung an Portier
8.) Kindergarten
9.) Hausbesuche bei Streikenden, Familienangehörigen, Kranken, Urlaubern
10.) Beweismittelsicherung, enge Kontaktaufnahme mit Recht und Tagebuchführer

I Recht

1.) Anweisung an alle Personen, die mit Personalführung zu tun haben
2.) Anschläge am schwarzen Brett/Warnung vor Streikteilnahme
3.) Schreiben an alle Mitarbeiter/Warnung vor Streikaufnahme
4.) Schreiben, die Arbeit sofort wieder aufzunehmen
5.) Schreiben an Betriebsratsmitglieder, Arbeit wieder aufzunehmen
6.) Entlassungsschreiben an jene, die die Arbeit nicht wieder aufgenommen haben
7.) Schreiben an Betriebsrat, falls die Anzahl der Beschäftigten unter 1000 bzw. unter 150 fällt
8.) Kündigungsschreiben an jene, die nicht weiter beschäftigt werden können
9.) Antrag beim Einigungsamt auf Zustimmung zur Kündigung von Betriebsratsmitgliedern
10.) Abmeldung bei der Gebietskrankenkasse
11.) Schreiben an: Polizeidirektion/ Polizeiwachstube/ Kammer der gewerblichen Wirtschaft Industriellenvereinigung/ Arbeitsinspektorat/ Arbeitsamt/ Feuerwehr/ Landeshauptmann/ ÖGB Wien/ ÖGB Landesleitung
12.) Strafanzeigen gegen a) zivile Personen b) Amtsorgane
13.) Dienstaufsichtsbeschwerde//Amtshaftungsklage
14.) Antrag auf einstweilige richterliche Verfügung
15.) Beweismittelsicherung, Abfassung von Niederschriften

1.) Kontakte zu: Polizei/ Landesregierung/ Kammer der gewerblichen Wirtschaft (Industriellenverband)/ Streikleitung/ ÖGB Landesleitung und Zentrale in Wien
2.) Führung von Besprechungen: Presse, Rundfunk, Fernsehen
3.) Tagebuchführung:
1. Alle Einzelheiten wie a) Besprechung mit dem Betriebsrat, b) Besprechungen der Arbeitgeberverbände, c) besondere Vorfälle im Betrieb (Ansprachen von Rädelsführern, Ausgabe von Parolen, Akte des Ungehorsams oder Aufsässigkeit usw.) sind chronologisch unter genauer Angabe der Zeit (Tag, Stunde, Minute) in Tagebuchform festzuhalten.
2. Überwachung von a) Tageszeitungen, b) Rundfunk, c) Fernsehen, d) Bildberichten
3. Flugblätter sammeln, registrieren und abheften. Kurzer Vermerk hierüber im Tagebuch: wo? wann? wie? und von wem?
4. Alle Meldungen im Zusammenhang mit dem Streik und über Streikparolen inhaltlich festhalten, wichtige Aussprüche und Redewendungen womöglich wörtlich.

L Öffentlichkeit

4.) Publikationen, Unterrichtung der Öffentlichkeit in Wort und Bild über Ursache, Auswirkung und Exzesse des Streiks/ Kontakte zur Presse und zum Rundfunk, Arrangements von zwanglosen Informationsgesprächen mit Journalisten im Zusammenwirken mit K
5.) Streik - Gegenpropaganda
6.) Beweismittelsicherung

Über den Einsatz der bürgerlichen Justiz

Freiheitsentzug § 99 StGB

Z.B. Zusammenrottung vor dem Tor, um Arbeitswillige am Betreten des Betriebes zu hindern.

Wer einen anderen widerrechtlich am Gebrauch seiner persönlichen Freiheit hindert, ist mit Freiheitsstrafe bis zu 3 Jahren zu bestrafen.

Nötigung § 99 StGB.

Z.B. Hinderung von Arbeitswilligen am Betreten des Betriebes durch Drohung, Hinderung eines Autos an der Weiterfahrt.

Wer einen anderen mit Gewalt oder durch gefährliche Drohung zu einer Handlung, Duldung oder Unterlassung nötigt, ist mit Freiheitsstrafe bis zu 1 Jahr zu bestrafen. Die Strafdrohung erhöht sich unter anderem auf 5 Jahre, wenn besonders wichtige Interessen des Genötigten oder eines Dritten verletzt worden sind.

Gefährliche Drohung § 107 StGB

Z.B. Ihr Streikbrecher, Ihr werdet schon noch sehen, was Euch passiert usw.

Wer einen anderen gefährlich bedroht, um ihn in Furcht und Unruhe zu versetzen, ist mit Freiheitsstrafe bis zu 1 Jahr zu bestrafen.

Körperverletzung §§ 83, 84

Z.B. Tätliche Mißhandlung, Raufereien mit sichtbaren Folgen, wenn auch nur blaue Flekken usw.

Beleidigung § 115 StGB.

Z.B. Du Streikbrecher, Verräter, Schwein, Kanaille, Hund usw.

Wer öffentlich oder vor mehreren Leuten einen anderen beschimpft oder mit einer körperlichen Mißhandlung bedroht, ist mit Freiheitsstrafe bis zu 3 Monaten oder mit Geldstrafen bis zu 180 Tagessätzen zu bestrafen. Der Täter ist jedoch nur auf Verlangen des Verletzten zu verfolgen.

§ 3 Koalitionsgesetz

Wer einen anderen Menschen, um das Zustandekommen oder die zwangsweise Durchführung eines Streiks zu bewirken, an der Ausführung seines freien Entschlusses, zu arbeiten oder Arbeit zu geben, mit was immer für Mitteln, zu hindern versucht, macht sich einer Übertretung schuldig und wird mit Freiheitsstrafe bis zu 3 Monaten oder mit Geldstrafe bis zu 180 Tagessätzen bestraft.

Landfriedensbruch

Zum Beispiel Eindringen in den Betrieb oder Betreten des Betriebsgeländes gegen den Willen des Berechtigten.

Wer wissentlich an einer Zusammenrottung einer Menschenmenge teilnimmt, die darauf abzielt, daß unter ihrem Einfluß eine strafbare Handlung gegen Leib oder Leben bzw. eine schwerere Sachbeschädigung begangen wird, ist mit Freiheitsstrafe bis zu 2 Jahren zu bestrafen.

Bei führender Teilnehme an der Zusammenrottung sowie bei tatsächlicher Gewaltausübung erhöht sich die Strafdrohung auf 3 Jahre, während jener nicht zu bestrafen ist, der sich freiwillig aus der Zusammenrottung zurückzieht.

Aufforderung an alle Dienstnehmer, die Arbeit sofort wieder aufzunehmen

An Herrn/Frau/Fräulein...........
Sie haben durch Ihre Arbeitsniederlegung bei aufrechtem Dienstverhältnis Ihren Dienstvertrag schuldhaft verletzt und damit einen Entlassungsgrund gesetzt. Wir fordern Sie hiemit auf, Ihre Arbeit unverzüglich, das heißt, am Tag nach Erhalt dieses Schreibens, wieder aufzunehmen. Kommen Sie dieser Aufforderung nicht nach, müssen Sie mit einer fristlosen Entlassung rechnen.

Damit verlieren Sie bestimmte gesetzliche und kollektivvertragliche Ansprüche und werden außerdem für Schäden, die durch Ihren Vertragsbruch entstehen, schadenersatzpflichtig.

Wir sind bereit, Sie gegen Streikübergriffe zu schützen, wir werden dafür sorgen, daß Sie Ihren Arbeitsplatz ungehindert erreichen und verlassen können. Wir werden gegen alle Personen, die Arbeitswillige behindern oder belästigen, mit Strafanzeige vorgehen müssen.
Datum: Die Betriebsleitung / Eingeschrieben

Wegen Solidarität mit dem Streik der Wertheim-Arbeiter: ÖGJ-Gruppe Vorchdorf aufgelöst

In Vorchdorf, wo es seit den 50er Jahren immer wieder eine ÖGJ-Gruppe gab, besteht derzeit keine derartige Jugendgruppe. Was ist der Grund dafür?

Bis zum Februar 1977 gab es in Vorchdorf eine ÖGJ-Gruppe, die eine der aktivsten in Oberösterreich war. Anfang Februar wurde nun diese Gruppe durch das Präsidium der ÖGJ-Oberösterreich „aufgelöst". - Warum? Als Gründe dafür wurden angegeben:
1. Die Gruppe habe eine Solidaritätsresolution für die streikenden Arbeiter von Wertheim verabschiedet, doch sei der Wertheimstreik illegal gewesen. 2. ein Mitglied der ÖGJ-Vorchdorf habe in einer anderen ÖGJ-Gruppe kommunistisch agitiert, 3. die Gruppe mache keine gewerkschaftliche Arbeit.

Um die Auflösung durchzusetzen, wurden die Mitglieder der ÖGJ-Vorchdorf aus dem „Volksheim", wo sie ihre Heimabende abhielten, rausgeschmissen, jegliche Unterstützung wurde gestrichen, Eltern wurden angehalten, ihre Kinder von der Gruppe fernzuhalten.

Die drei vom Präsidium angegebenen Punkte waren jedoch nicht der wahre Grund für die Auflösung:
1. Der Wertheimstreik war gerecht und notwendig, die Solidaritätsresolution aus diesem Grunde richtig.
2. Das betreffende Mitglied, ein Sympathisant des KB Österreichs, vertrat offen und ehrlich seine Anschauungen, innerhalb der ÖGJ ist eine Auseinandersetzung über verschiedene Meinungen völlig richtig.
3. Die ÖGJ-Vorchdorf machte sehr wohl gewerkschaftliche Arbeit. Sie unterstützte z.B. konsequent die Bewegung für einen Existenzlohn, gründete neue ÖGJ-Gruppen im Bezirk usw.
Was steckt nun wirklich hinter der Auflösung?

Die derzeitige ÖGJ-Führung vertritt eine bürgerliche Linie. Sie beruft sich wohl in jeder Frage auf die Interessen der Jugendlichen, kritisiert wortradikal die derzeitigen Verhältnisse. Der einzige Ausweg, den sie den Jugendlichen jedoch zeigt, ist der Weg des Vertrauens in den bürgerlichen Staat und so gelingt es ihr derzeit, den berechtigten Unmut der Arbeiterjugend abzubremsen und in das seichte Fahrwasser des Reformismus zu lenken. Was dabei herauskommt, sieht man an all den Reformen. Keine brachte eine wirkliche Verbesserung für die Arbeiterjugend. Viele Jugendliche sind über das Ergebnis, welches ihren gerechten Bemühungen folgte, enttäuscht und ziehen sich von jeder politischen Aktivität zurück.

Diese Resignation wird dann durch die bürgerliche ÖGJ-Führung noch dazu hergenommen, um die Jugendlichen für dumm und unpolitisch zu erklären. Da die Jugendlichen dumm und unpolitisch seien, sagen sie, muß man sie mit Hilfe von „Freizeit"veranstaltungen zur ÖGJ locken.

Wir von der ÖGJ-Vorchdorf sind aber von der Ansicht ausgegangen, daß die ÖGJ nur eine Freizeit- und Konsumorganisation ist. Die ÖGJ ist der Zusammenschluß der jugendlichen Arbeiter und anderen Lohnabhängigen im Kampf um ihre Interessen - und diesem Zusammenschluß zu dienen, davon haben wir uns in unserer Arbeit in Vorchdorf leiten lassen.

Der wahre Grund für die Auflösung der ÖGJ-Gruppe Vorchdorf liegt im Versuch der ÖGJ-Führung, klassenbewußte Gewerkschafter aus der ÖGJ zu entfernen, um die Arbeiterjugend weiter an die klassenversöhnlerische Linie fesseln zu können.

Jetzt, drei Monate nach der Auflösung besteht folgende Situation: Der Bezirkssekretär der ÖGJ-Gmunden will mit Hilfe von zwei ehemaligen Mitgliedern die Gruppe neu „aufbauen", wobei vier ehemalige Mitglieder ausgeschlossen sein sollen. Die neuen Gruppenmitglieder will er durch eine Fahrt nach München und ein Zeltlager am Hafnersee in Kärnten „gewinnen".

Die Jugendlichen nur für den Konsum interessieren und sie mit Hilfe von lockeren Freizeitvergnügungen „fangen", das ist die Linie dieser bürgerlichen Kräfte.

Auf der anderen Seite stehen mehrere ehemalige Mitglieder, darunter die drei Obmänner der aufgelösten Gruppe und der Bezirksobmann-Stellvertreter. Sie wollen die Gruppe wieder aktivieren auf der Grundlage des Kampfes um die Interessen der Arbeiterjugend. B.Sch./Vorchdorf

Maiinitiative der ÖGJ-Linz vom Landessekretär abgewürgt

Wie wir im „Klassenkampf" 9/77 berichteten, kam es in der ÖGJ-Linz zu einer Initiative für einen klassenkämpferischen 1.Mai, die der Landesjugendvorstand der ÖGJ-Oberösterreich abzuwürgen versuchte.
Im folgenden berichten wir über den weiteren Verlauf dieses Kampfes und die Lehren, die daraus zu ziehen sind.

Als wichtigstes Mittel zur Mobilisierung und Agitation am 1.Mai wurde festgelegt, eine Zeitung zu erstellen.

Sie enthielt Artikel über die historische und momentane Bedeutung des 1.Mai, über die Notwendigkeit einer grundsätzlichen Umwälzung der Berufsausbildung mit der Forderung nach einer Ausbildung, die theoretisch wie praktisch die Grundlagen der Hauptzweige der Produktion und Einblick in den Gang der gesellschaftlichen Produktion vermittelt, über die Forderungen zur „Aktion 75", sowie gegen die Wehrgesetznovelle unter den Forderungen "Weg mit der Wehrgesetznovelle!", „Keinen Schilling und keinen Mann fürs reaktionäre Bundesheer!"

Vier Tage vor dem 1.Mai lehnte der Landessekretär der ÖGJ es ab, die Zeitung drucken zu lassen. Er sagte, daß er persönlich die Zeitung zwar für richtig hielte, sie aber überholt, unaktuell und unverständlich sei.

Für die Maiveranstaltung wurde so statt der Zeitung nur ein Flugblatt gemacht, das außer einigen Karikaturen als alleinigen Text „Gute Facharbeiter bringen jeder Firma Gewinn. Eine gute Ausbildung wird deshalb Geld kosten. Deshalb fordern wir einen Berufsausbildungsfonds aus Unternehmergeldern!" enthielt. So war es nicht weiters verwunderlich, daß die Maiveranstaltung ein Schlag ins Wasser war. Mit diesem Flugblatt konnte die ÖGJ natürlich keinen Hund hinter dem Ofen hervorlokken. Die redlichen Bemühungen einiger ÖGJ-ler durch Megaphonagitation Jugendliche anzusprechen und für die Veranstaltung zu gewinnen, wurde durch stetige laute Pop-Musik aus den Lautsprechern des Infostandes wesentlich erschwert.

R St Ortsgruppe Linz

Unmut über die Haltung der ÖGB-Führung zu Atomkraftwerken wächst

Die Bewegung gegen die Atomkraftwerkspolitik der Regierung steht vor einer wichtigen Kraftprobe mit Regierung und Kapitalistenklasse: Gelingt es der Regierung mittels der Gewerkschaftsspitze die Gewerkschaften als Instrument der Durchsetzung ihrer Energiepolitik einzusetzen oder gelingt es der Bewegung gegen Atomkraftwerke noch fest und stärker in der Arbeiterklasse Fuß zu fassen und so zu verhindern, daß sich die Gewerkschaftsführung so wie in Deutschland - im Namen der Sicherung der Arbeitsplätze - für den Bau von Atomkraftwerken ausspricht.

Die SP versucht momentan über Artikel in der „Solidarität" und in anderen Gewerkschaftszeitungen das Terrain für derartige Erklärungen der Gewerkschaftsführung zu ebnen. Diese Artikel sind nicht offen. Sie sprechen sich nicht einfach für den Bau von AKW'en aus, aber sie betreiben mehr oder weniger verhüllt Propaganda dafür und versuchen vor allem die ganze Frage so zu behandeln, als ob der Bau von AKW'en eine Frage der sachlichen Diskussionen sei, nach denen dann entsprechend den Interessen der österreichischen Bevölkerung die Regierung entscheidet. Diese Artikel sagen: „Wozu die Aufregung, es wird schon bestens entschieden werden." Aber die Situation ist schon jetzt nicht bestens für die Regierung. Die bisherige Haltung der Gewerkschaftsführung kommt unter Beschuß der Mitgliedermassen. Mehr und mehr ist es dabei die Arbeiterklasse, die entscheidende Fragen aufwirft. In einem Leserbrief an die Kronenzeitung, veröffentlicht am 7.Mai heißt es:

Der Koloß ÖGB

Es ist noch gar nicht so lange her, da hieß es: „Der Mangel an Arbeitskräften zwingt die Industrie und das Gewerbe zu immer weiterer Rationalisierung und Automatisierung, wozu es mehr Energie bedarf." Strom also zum Wegrationalisieren von Arbeitsplätzen! Jetzt, da die Arbeitslosenraten überall im Steigen begriffen sind, hört man es von denselben Leuten anders: „Atomkraftwerke brauchen wir, um die Arbeitsplätze zu sichern und neue zu schaffen." Man hat die Argumente schnell an die veränderte Wirtschaftslage angepaßt.

Energie wurde immer dazu verwendet, menschliche Arbeit zu ersetzen. Atomkraftwerke bedeuten daher langfristig gesehen nicht mehr, sondern eindeutig weniger Arbeitsplätze.

Daß der Österreichische Gewerkschaftsbund angesichts dessen sowie der unbestrittenen Tatsache, daß die Atomenergiegewinnung mit großen Risken für die Sicherheit, das Leben und die Gesundheit der Menschen verbunden ist, immer noch keine klare Position bezogen hat, bleibt für die arbeitenden Bürger dieses Landes unverständlich. Vielleicht bedarf es auch hier des Druckes von unten, um den, wie es scheint, schwerfällig gewordenen Koloß ÖGB die entsprechenden Schritte tun zu lassen.

Arbeiter- und Angestelltenbetriebsrat
Firma Gabriel Dünser
6840 Götzis

Am Ende des Briefes schreibt die Redaktion dazu: Aus vielen Briefen, die Tag für Tag bei uns einlangen, spricht ähnliche Enttäuschung über die Haltung der Gewerkschaftsführung.

Dieser Leserbrief und der Kommentar zeigen, wie groß der spontane Unmut unter den Arbeitern über die Haltung der Gewerkschaftsführung schon jetzt ist. Das sind ausgezeichnete Bedingungen, um die Arbeiterklasse zur führenden Kraft in der Bewegung zu machen. Um das zu erreichen, müssen die Kommunisten und andere fortschrittliche Menschen zu vielerlei Initiativen greifen, muß überall die Haltung der Gewerkschaftsführung angegriffen werden. Zwei gute Beispiele aus den letzten Tagen:

* Die Gruppe AKW-Gegner Großfeldsiedlung in Wien machte gemeinsam mit dem Arbeitersamariterbund Floridsdorf eine Veranstaltung. Alle von den 20 anwesenden Arbeitersamaritern waren nach der Debatte gegen die Inbetriebnahme und den Bau von AKW'en. Der Leiter der Arbeitersamariter Floridsdorf organisierte sich in der Gruppe AKW-Gegner Großfeldsiedlung.

* Im BRG 15, Diefenbachgasse in Wien, wird in einer Resolution die Haltung der Gewerkschaftsführung zurückgewiesen, der Artikel in der Mai-Nummer der „Solidarität" und in der Gewerkschaftszeitung „Der Öffentliche Bedienstete" Nr.1 wird als gegen die Mitgliedermassen gerichtet verurteilt.

Linz: Resolution gegen Wehrgesetznovelle bei KPÖ-Veranstaltung durchgesetzt

Am 6.Mai fand im Rahmen der Roten Jugend-Woche der KPÖ im Volksheim Neue Heimat ein Konzert der Gruppe Floh de Cologne statt.

Die Zelle Quelle des Kommunistischen Bundes besuchte diese Veranstaltung, da sie den Stadtteil Neue Heimat regelmäßig beim Verkauf des Zentralorganes betreut.

Ein KSV-Funktionär wurde von uns angesprochen, ob seine Organisation nicht daran denke, den Kampf gegen die reaktionäre Wehrgesetznovelle durch eine Resolution zu unterstützen. Er versuchte, sich durch Argumente, wie „nicht im Programm der Veranstaltung vorgesehen" und „das geht in der Eile nicht mehr" herauszureden. Wir versicherten ihm, daß es sehr wohl möglich sei, innerhalb der Pause so eine Resolution zustandezubringen, und sie nach der Pause einzubringen.

Als ich mich nach der Pause anschickte, das Podium zu ersteigen, um unsere klare Ablehnung gegen die reaktionäre Wehrgesetznovelle zum Ausdruck zu bringen, wurde mir der Zutritt verwehrt. Stattdessen raffte sich ein KSV-Funktionär auf, einige Worte zum Gesetzesvorschlag herauszuwürgen. Er konnte sich jedoch nicht entschließen, die Resolution zur Abstimmung zu bringen. Und ließ es damit auf sich bewenden, eine nicht inhaltlich festgelegte Resolution ans BM für Landesverteidigung und ans Bundeskanzleramt gegen die Wehrgesetznovelle zu versprechen. Das Eintreten gegen die Wehrgesetznovelle fand allgemeinen Beifall. Zu guter Letzt konnte nach dem Konzert noch festgelegt werden, daß die Resolution folgendes enthalten müsse:
1. daß die Wehrgesetznovelle ein wichtiger Schritt zur Aufrüstung des Bundesheeres gegen die Interessen des Volkes ist.
2. daß die Regierung durch die Krise und den Aufschwung der Volksbewegung und die Kriegsgefahr zur Aufrüstung gegen "Feinde" im Inneren und nach außen gezwungen ist.
3. die Forderungen:
Weg mit der Wehrgesetznovelle!
Keinen Schilling und keinen Mann fürs reaktionäre Bundesheer! Räze, OG-Linz

Neuer Index vertuscht Teuerung für Arbeiterhaushalte

Die Ausarbeitung des neuen „Verbraucherpreisindex 1976" wurde von der Wirtschaft und der Bundesregierung damit begründet, daß es notwendig geworden sei, veränderte Verbrauchergewohnheiten der Bevölkerung zu berücksichtigen. Der neue Index sei genauer und biete eine bessere Grundlage zur Inflationsberechnung.

Andererseits bemühen sich die Wirtschaftsfachleute der Kapitalisten, den Arbeitern und anderen Werktätigen ihr Mißtrauen gegen die Indexzahlen auszureden. Dieses Mißtrauen, das man z.B. in mehreren Leserbriefen in den Zeitungen finden konnte, kommt aus der praktischen Erfahrung in hunderttausenden Arbeiterhaushalten, die beweist, daß mit Lohnerhöhungen, die gleich hoch sind wie die Indexsteigerungen, der Lebensstandard der Familie nicht gehalten werden kann.

Die Kapitalisten und die Regierung verwenden die Indexzahlen als einen Faktor in wirtschaftspolitischen Entscheidungen. Besonders die Lohnerhöhungen werden in den letzten Jahren immer stärker an die Indexsteigerungen geknüpft, so z.B. die „neue Benya-Formel": Inflationsrate + 2%. Abgesehen davon, daß die Arbeiter bei solchen Formeln immer betrogen werden, weil diese die Lohnsteuerprogression und Steigerungen bei anderen Abzügen nicht berücksichtigen, verschleiert der Verbraucherpreisindex selbst die Teuerung für Arbeiterhaushalte.

„Dem Verbrauchsschema liegt ein durchschnittlicher monatlicher Aufwand von 9.784 S pro Haushalt (im Jahr 1974) zugrunde. Dieses Budget entspricht einer durchschnittlichen Haushaltsgröße von 2,86 Personen, davon 1,69 Einkommensempfänger." (Der öffentliche Bedienstete 4/77)

Um zu diesem Durchschnittsaufwand zu kommen, werden jedoch alle Haushalte Österreichs zusammengezählt, sowohl die Arbeiterhaushalte, die der Bauern, Pensionisten, als auch die der leitenden Beamten, Manager, Kapitalisten.

Der Konsum in diesen Haushalten ist aber sehr verschieden. Untersuchungen in Deutschland haben ergeben, daß es riesige Unterschiede zwischen dem Konsum der Kapitalistenklasse und ihrem unmittelbaren Anhang auf der einen Seite und dem Konsum der Arbeiterklasse und einfachen Werktätigen auf der anderen Seite gibt.

a. Erste und wichtigste Verfälschung ist, daß das quantitativ verschiedene Konsumniveau der ungleichen Haushaltstypen nicht berücksichtigt wird

Auf dem Verbrauchermarkt für Konsumwaren zeigt sich die Spaltung der Gesellschaft in Klassen genauso, wie überall sonst. Der offizielle Index ist dann bloß ein willkürlich gebildeter Durchschnitt aus verschiedenen Verbrauchergewohnheiten der verschiedenen Klassen der Gesellschaft.

b. Zweite Verfälschung: Die Prozentsätze des angenommenen Durchschnittsfamilienverbrauchs für Ernährung, Wohnung, Kleidung stimmen für den Großteil der Haushalte der einfachen Werktätigen nicht

Je nach unterschiedlicher Lohnhöhe werden unterschiedliche Anteile für Ernährung, Wohnung, Kleidung usw. ausgegeben. Dies beweist nebenstehende Statistik, die die unterschiedlichen Ausgaben je nach Einkommenshöhe aufschlüsselt:

Zum Vergleich dazu die Aufschlüsselung nach dem offiziellen Index:

(siehe untenstehende Statistik)

Diese Zahlen beweisen in der Verbrauchsgruppe Ernährung, daß, je kleiner der Lohn, desto größer der Anteil, der für Essen und Trinken ausgegeben werden muß. Weiter: daß Preiserhöhungen bei den Grundnahrungsmitteln die Bevölkerung nicht gleich treffen, sondern die Arbeiterklasse und kleinen Werktätigen, die Rentner und Pensionisten am stärksten.

So betrachtet bekommt gerade die Reduzierung des Anteils der Lebensmittel in der Indexstatistik eine besondere Bedeutung: Preissteigerungen bei Lebensmitteln schlagen sich in Zukunft weniger im Index nieder. So hat der geringere Stellenwert der Nahrungsmittel beim Jännerindex die Teuerungsrate um etwa 0,3% weniger steigen lassen, als dies bei Berechnung nach dem alten Index 1966 der Fall gewesen wäre.

In der derzeitigen Gehaltsrunde im öffentlichen Dienst bedeutet diese Rechnung: Jede Gehaltserhöhung, die sich am Index orientiert, wird die Lebensmittelsteigerungen, die gerade in letzter Zeit bei den Grundnahrungsmitteln Milchprodukten, Brot, Mehl usw. zwischen 15 und 20% ausmachte, nicht abgelten.

Gruppengewichte des Verbraucherpreisindex

Verbrauchsgruppen	bisheriger	neuer Verbraucherpreisindex
	Anteile in Prozenten	
Ernährung und Getränke	37,14	29,19
Tabakwaren	2,02	2,62
Errichtung, Mieten und Instandhaltung von Wohnungen	7,41	9,15
Beleuchtung und Beheizung	5,62	5,27
Hausrat und Wohnungseinrichtung	8,86	11,97
Bekleidung und persönliche Ausstattung	12,68	12,92
Reinigung von Wohnung, Wäsche und Bekleidung	2,72	1,85
Körper- und Gesundheitspflege	4,48	5,13
Freizeit und Bildung	8,29	9,24
Verkehr	10,78	12,66
Zusammen	100,00	100,00

c. Geänderte Verbrauchergewohnheiten?

„Je differenzierter die Konsumgewohnheiten der Menschen zufolge ihres höheren Lebensstandards werden, desto breiter muß auch die Palette jener Waren und Dienstleistungen sein, deren Preise in die Indexberechnung eingehen ... " (Arbeit und Wirtschaft 3/77)

Die Bourgeoisie will aus der Tatsache, daß heute mehr tiefgekühlte Speisen wie panierte Fische, die Haushaltspackung Speiseeis, Joghurt mit Früchten, Kartoffelpüree in Flocken und fertige Babynahrung, gekauft werden und diese Speisen stärker im Index aufscheinen, den Schluß ziehen, daß dadurch unser Lebensstandard gestiegen ist.

Dazu sind zwei Sachen festzustellen: erstens entspricht die stärkere Differenzierung beim Konsum der gestiegenen Kluft zwischen Niedrig- und Hochverdienern, z.B. sind im Öffentlichen Dienst die höchsten Gehälter seit 1973 um über 10.000 S um das Sechsfache eines Durchschnittsgehalts gestiegen.

Zweitens ergeben sich viele Veränderungen aus der Tatsache, daß viele Frauen ins Berufsleben eingetreten sind und in den Haushalten weniger Zeit übrigbleibt zum Kochen usw. Der Konsum von Fertignahrung kommt dann nicht aus einem höheren Lebensstandard, sondern aus der Tatsache, daß man zur Wiederherstellung der Arbeitskraft teurere Schnellgerichte braucht, ebenso mehr Küchenmaschinen.

Nur 9% Wohnungskosten?

Eine Zahl, die absolut unglaubwürdig ist, sind die 9, 15 %, die als Wohnungskosten angegeben werde. Das entspricht beim angenommenen Durchschnittshaushalt von S 9.784,- Wohnungskosten von rund S 900,-. Auch diese Verfälschung beschönigt die Lage der Arbeiterklasse, denn gerade durch diese Zahl wird die ganze Wohnungsmisere verschleiert.

W.S.

23.03 Durchschnittliche Verbrauchsausgaben von Arbeiterhaushalten 1975 [1])

Ausgaben für	Vom Gesamtverbrauch entfallen Prozent auf nebenstehende Arten von Ausgaben								
	im Gesamtdurchschnitt	bei einem durchschnittlichen Jahres-Familien-Bruttoeinkommen von Schilling							
		bis unter 93.600	93.600 bis unter 98.400	98.400 bis unter 103.200	103.200 bis unter 108.000	108.000 bis unter 112.800	112.800 bis unter 117.600	117.600 bis unter 122.400	122.400 und mehr
Ernährung	29.9	35.1	34.9	32.3	29.1	28.9	28.0	27.2	26.0
Miete	9.3	5.7	9.6	15.7	12.1	10.4	7.6	6.4	8.7
Beleuchtung, Beheizung	5.2	4.2	6.7	5.9	6.6	4.2	5.7	4.5	4.3
Wohnungseinrichtung und -instandhaltung	7.5	11.2	1.7	5.4	9.5	7.3	4.3	9.7	10.4
Bekleidung	8.7	9.2	7.5	10.4	6.0	8.4	8.6	9.8	9.2
Verschiedenes	39.4	34.6	39.6	30.3	36.7	40.8	45.8	42.4	41.4

[1]) Angaben stammen nur aus Wien.

Immer mehr Kleinbauern geraten in die Klauen von Lebensmittelkonzernen

Über 5000 steirische Kleinbauern mußten vor einigen Wochen zu den Bedingungen der Lebensmittelkonzerne Verträge über den Anbau von Verarbeitungsgemüse abschließen. Die Anbaufläche auf der nun - hauptsächlich in der Süd- und Oststeiermark von den Kleinbauern unter den Vorschriften der Konzerne produziert werden wird, beläuft sich auf 700 ha. Hauptsächlich werden Einlegegurken, Kren, Minimais und Käferbohnen angebaut werden.

In solchen Verträgen werden den Kleinbauern Qualität und Quantität der Produkte, die sie liefern müssen, der Liefertermin, das Dünge- und Spritzmittel und manchmal noch anderes vorgeschrieben. Bei Nichteinhaltung der vertraglich festgelegten Auflagen gibt es Minuspunkte, die dann den Preis drücken. Auch die Sämereien müssen entweder über den Konzern selbst oder über angegebene Firmen bezogen werden.

Für die Lebensmittelverarbeitungsindustrie - in Österreich sind dabei die größten Firmen „Inzersdorfer" und „Felix" - sind solche Verträge eine Quelle riesiger Extraprofite, da sie den Kleinbauern, die beim Absatz ihrer Produkte vollkommen vom Konzern abhängig sind, den Preis diktieren können. Die Abrechnung erfolgt auch zumeist erst nach Monaten, was den Agrarkapitalisten noch Zinsen einbringt. Dazu kommt noch, daß die Kleinbauern, bevor sie solche Verträge eingehen konnten, ihre Felder meliorisieren (verbessern) und ihre Wirtschaftsgebäude für die Lagerung der Produkte umbauen mußten, weil sie sonst mit dem Ertrag und den Auflagen für die Lagerung Minuspunkte erhalten. Für den Umbau mußten sie Kredite bei diversen Banken (vor allem den Raiffeisenkassen) aufnehmen, was ihre Abhängigkeit auch auf dieser Seite verstärkt. Sie kommen wegen der Rückzahlungen unter Druck und ihr Hof ist meistens schon teilverpfändet.

Vom „selbständigen Herrn über Haus und Hof" kann bei diesen Kleinbauern also keine Rede mehr sein. Produkt, Anbauweise und alles drum herum wird ihnen diktiert und auch der Grund und Boden gehört nur mehr zum Schein ihnen. Sie werden mehr und mehr zu lohnarbeitenden Heimarbeitern, auch wenn die Agrarkapitalisten den Schein erhalten wollen, daß sie durch den Übergang in die Vertragslandwirtschaft sich vorm Ruin retten und selbständig bleiben könnten. Dieser Schein soll die Kleinbauern nur niederhalten, die vollkommene Hinnahme der Unterjochung durchsetzen und sie vom berechtigten Kampf gegen die Agrarmonopole und deren auspresserischen Verträgen abhalten.

Hepu

Prozesse gegen Slowenen

Staatsgewalt soll Slowenen für Volksgruppengesetz gefügig machen

Am 21. April kündigte der leitende Staatsanwalt für Kärnten, Stoiser, eine Reihe von Prozessen gegen Slowenen an. Dabei wies er selbst auf den politischen Charakter dieser Prozesse hin, als er die Vorwürfe zurückwies, „daß politisch motivierte Straftaten nicht genügend energisch und rasch vorangetrieben werden." (nach Kärntner Tageszeitung, 22.4.1977)

Angeklagt sind:

* eine Gruppe von vier slowenischen Burschen aus Zell Pfarre/Sele (Fortunat Olip, Marjan Olip, Peter Urban Olip, Florian Blasius Olip) wegen § 267 (Vergehen der Verhinderung einer Wahl), Strafausmaß bis zu 3 Jahren. Sie hatten bei der reaktionären Minderheitenfeststellung eine Wahlurne entleert und die Stimmzettel verbrannt.
Der Prozeß soll am 25. Mai in Klagenfurt/Celovec stattfinden.
* Mirko Perč und Josef Müller wegen "Schmieraktionen" am Bahnhof Kühnsdorf/Sinča vas – „versuchte Sachbeschädigung", sie kommen vors Bezirksgericht Eberndorf/Dobrlavas.
* vor einen Schöffensenat kommt Albert Smrečnik, wegen „Anstiftung zur Sachbeschädigung" sowie Herbert Božič, Albert Hafner und Stanislaus Dlobst wegen „schwerer, boshafter Sachbeschädigung" – (der Schaden soll über 100.000 S betragen) – ihnen drohen 6 Monate bis 3 Jahre Haft. Stefan Petjak soll wegen „Beihilfe zur Sachbeschädigung" verurteilt werden.
* In einem ähnlichen Verfahren sollen Helmut Grilc und Georg Wandl angeklagt werden, weil sie in Bleiburg/Pliback auf die Kaserne und andere Wände Parolen für die Erfüllung der Rechte der Minderheiten schrieben.
* gerichtliche Voruntersuchungen laufen gegen mindestens 11 Personen, die im letzten August in St.Kanzian/Skocijan gegen die Fahnenweihe des Kärntner Heimatdienstes Flugblätter verteilten und gegen diese reaktionäre Veranstaltung agitierten. Vorgeworfen wird ihnen „Widerstand gegen die Staatsgewalt" und „Störung einer Veranstaltung".
* Vor einen Schöffensenat des Landesgerichtes Klagenfurt/Celovec soll der Zentralsekretär des Rates der Kärntner Slowenen, Filip Warasch, gestellt werden – wegen „vorsätzlicher Gefährdung durch Sprengmittel" und des Vergehens gegen das Waffengesetz. Und das, obwohl außer der Aussage vom berüchtigten Gütler keinerlei Beweise vorliegen.

Durch das immer entschiedenere Verlangen der Slowenen nach ihren Rechten, wurde die Bourgeoisie zum Handeln gezwungen. Die herrschende Klasse versuchte, das Problem zum Verschwinden zu bringen. Mit dem Volksgruppen- und dem Volkszählungsgesetz setzte sie die Entrechtung der Minderheiten gesetzlich fest. Mit einer noch stärkeren Unterdrükkung, mit Druck und chauvinistischer Hetze, versucht sie den Widerstand der Slowenen zu brechen und sie zu völlig unterwürfigen Staatsbürgern zu machen.

Doch mit der Minderheitenfeststellung am 14. November 1976 erlitt sie sowohl in Kärnten und Burgenland als auch in den anderen Bundesländern eine empfindliche Niederlage. Und auch das Volksgruppengesetz „lebt" bisher nur am Papier. Außenminister Pahr gab auch in seiner letzten Erklärung zu, daß „die Grundlage des Volksgruppengesetzes gescheitert sei", nämlich die Mitarbeit der Vertreter der Minderheiten im Rahmen des Volksgruppengesetzes. Kein einziger „Volksgruppenbeirat" ist funktionsfähig, auch der kroatische, tschechische und ungarische nicht. Besonders wenig Spielraum erhält die SP-Regierung von den Vertretern der slowenischen Minderheit, die entschieden die Scheindemokratie der Regierung anprangern, die Mitarbeit an der Entrechtung der Slowenen standhaft zurückweisen, und immer stärker bei allen ihren Schritten auf öffentlichen Versammlungen, unter der slowenischen Bevölkerung eine Auseinandersetzung führen über das Vorgehen im Kampf gegen Regierung und Staat. Dadurch haben die Einschüchterungen nicht Fuß fassen können und auch die Beteuerung Kreisky's und Co., das Volksgruppengesetz sei vorbildlich für ganz Europa, glaubt niemand unter den Slowenen. Die Intensivierung der Jugendarbeit, das bewußte Einsetzen der kulturellen Tätigkeit für politische Ziele (im Inland wie auch z.B. Gastvorstellungen in der Schweiz und in Frankreich), die stärkere Aktivität slowenischer Gemeinderäte für die Zweisprachigkeit in ihren Gemeinden und die erfolgreiche Protestfahrt nach Wien, sind weitere gute Beispiele für diese Entwicklung. Von Demoralisierung kann keine Rede sein und die Sympathie im übrigen Österreich für die berechtigten Forderungen der Slowenen ist auch nicht geringer geworden. Auch Jugoslawien hält an seiner Ablehnung der österreichischen Minderheitenpolitik fest und soll aus diesem Grund Besuchs- und Gesprächsangebote Kreiskys und Wagners abgelehnt haben.

In einer solchen Situation versucht die herrschende Klasse, mit verschiedenen Vorstößen die Slowenen zu spalten, nachgiebig und unterwürfig zu machen und sie von der demokratischen Öffentlichkeit zu isolieren.

Dazu diente die Dreiparteieneinigung über die Ortstafeln und über die slowenische Amtssprache in einigen Gemeinden, um demokratisches Verhalten vorzuspielen.

Dazu diente die offene Provokation mit der Anklage und Festnahme von Warasch, die ein Versuch ist, einen Vertreter der Slowenen zu kriminalisieren und zu isolieren und die anderen weichzuklopfen.

Dazu dienen auch die Erklärungen von SP-Landeshauptmann Wagner, der den Slowenen ein gestörtes Verhältnis zur Demokratie vorwarf und ihre Berechtigung anzweifelte, die slowenische Bevölkerung demokratisch zu vertreten. Und das, obwohl bei der Minderheitenfeststellung die Mehrheit der Slowenen sich so verhielt, wie es die beiden Zentralorganisationen vorschlugen. Außenminister Pahr ging sogar so weit, zu erklären, daß es nicht die Regierung sondern die Slowenenvertreter seien, die den Slowenen die Rechte vorenthalten – weil sie nicht in die Volksgruppenbeiräte gehen. Er drohte damit, daß er weiter auf das Entstehen einer „neuen Slowenenorganisation" hoffe, die mehr Verständnis für die Interessen der Slowenen zeige!! Und das, obwohl es der Regierung und der SPÖ, auch mit persönlichen Briefen, nicht gelungen war, selbst solche Slowenen für die Volksgruppenbeiräte zu gewinnen, die in der SPÖ organisiert und politisch tätig sind.

Weiters zeigt gerade das Vorgehen der Staatsanwaltschaft bei der Ankündigung der Prozeßwelle, ihre überhastete Einberufung der Pressekonferenz einen Tag nach dem letzten Bombenanschlag in Maria Saal, daß von höchster Stelle versucht wird alles auszunutzen, um den Anschein zu erwecken, daß es sich bei den Slowenen um Unruhestifter und Kriminelle handle.

Damit soll die Aufmerksamkeit von der Tatsache abgelenkt werden, daß die Bourgeoisie und ihre Regierung im Unrecht sind, daß sie dem Volk die Rechte vorenthält, daß z.B. die drei Parlamentsparteien nur in einem Drittel des Gebiets, in dem die Slowenen wohnen, die Verwendung der Amtssprache erlaubt und nur in einem Sechstel die Anbringung der zweisprachigen Ortstafeln – um im übrigen Gebiet die Slowenen gewaltsam assimilieren zu können.

Das massive Vorgehen des bürgerlichen Staatsapparates soll die Slowenen in die Knie zwingen. Landeshauptmann Wagner erklärte es in der „Presse" vom 9. Mai so: „Man muß nun nachdenken, was geschehen soll, doch sollte den Slowenen noch Zeit zur Besinnung gegeben werden." Die Besinnung soll offensichtlich durch die Kriminalisierung von 25 Slowenen erfolgen, die sich mit verschiedenen Mitteln gegen die Diskriminierung zur Wehr setzten bzw. völlig unschuldig sind. Besonders der Prozeß gegen Warasch, bei dem es keine Beweise gegen ihn gibt, soll herhalten, um die Slowenen unter Druck zu setzen.

Die Prozesse müssen wir entschieden bekämpfen. Wir müssen sie als Mittel zur weiteren planmäßigen Unterdrückung und Einschüchterung gegen die Slowenen entlarven. Als ein Mittel, das der österreichische Staat einsetzt, um seine doppelte Unterdrückung eines Teils des österreichischen Volkes aufrechzuerhalten und das Volksgruppengesetz mit Gewalt „zum Funktionieren" zu bringen.

Es muß gezeigt werden, daß sowohl das Schreiben von Parolen wie das Verbrennen der Stimmzettel ein berechtigter Schritt im Kampf gegen die reaktionäre Minderheitenpolitik war. Dieser Kampf geht über die Manöver der Bourgeoisie hinaus bis zur Verwirklichung der Rechte der Minderheiten auf Zweisprachigkeit im öffentlichen Leben und im Erziehungswesen im gesamten gemischtsprachigen Gebiet.

V.W./K.Sch.

Klagenfurt/Celovec: Kundgebung und Demonstration gegen die Prozesse geplant

Im Zusammenhang mit den Prozessen will die Initiativgruppe des Klagenfurter des Solidaritätskomitees für die Rechte der Kärntner Slowenen Aktionen setzen, um den Widerstand gegen diese ungerechten Maßnahmen zu organisieren. Zu diesem Zweck soll an alle Jugendorganisationen herangetreten werden, um in Klagenfurt/-Celovec eine *Kundgebung am Mittwoch, den 18.5.* auf dem Alten Platz durchzuführen, weiters wird eine *Demonstration am 23.5., 16 Uhr* vom Alten Platz zum Gericht vorgeschlagen.

Autodemonstration oder nicht: Ein wichtiger Aspekt bei der Protestfahrt der Kärntner Slowenen

Der Artikel im Klassenkampf 8/77 zur Protest*fahrt* der Slowenen hat einen wesentlichen Aspekt vernachlässigt, nämlich: Ist es gelungen, das „Demonstrationsrecht für Autos" durchzusetzen oder nicht?

1. Die Autodemonstration war ein sehr gutes Mittel, um viele Menschen in Österreich auf den Kampf der Minderheiten um ihre Rechte aufmerksam zu machen. Mit einer Kolonne von 152 Autos und einigen Autobussen, die mit Plakaten beklebt waren, ging es durch drei Bundesländer (siehe Karte), durch zahlreiche Ortschaften und Städte. Viele Menschen, auch auf dem Land, wurden auf die Probleme der Minderheiten aufmerksam gemacht.

2. Wenn man sich das vorstellt, ist es gar nicht mehr verwunderlich, daß der bürgerliche Staat dagegen Sturm gelaufen ist und seine Presse und Polizei massiv eingesetzt hat.

Die AZ am 31.3.: „Demonstrationsrecht nur für Menschen und nicht für Autos." Ebenso wurde das in den Landesnachrichten in Kärnten und Wien gemeldet.

Auf der ganzen Fahrt nach Wien herein wollte die Polizei ständig die Kolonne auflösen. Gelungen ist es ihr nicht. Schließlich versperrten 2 Polizeiautos und eine Kette von Polizisten die Weiterfahrt 300 Meter vor dem Ziel!! Polizisten machten zwei Autos gewaltsam auf, zerrten die Leute heraus und schoben die Fahrzeuge weg. Dann schrieb sich die Polizei noch alle Autonummern auf.

Das alles, um die Autodemonstration unbedingt zu verhindern, die Leute einzuschüchtern und vom Kampf abzuhalten. Letztlich ist es der Polizei auch gelungen und die Demonstration mußte zu Fuß zu Ende geführt werden. „Na, also, warum nicht gleich so", hieß es.

3. Die Niederlage in dieser einen Frage fällt in dem Artikel unter den Tisch und wird nicht analysiert. Es ist sehr wichtig, daß die Volksmassen aus solchen Sachen für weitere Kämpfe ihre Lehren ziehen. Dann werden wir nächstes Mal gerüstet sein und der Polizei die Stirn bieten. Das wird sehr bald wieder aktuell, wenn im Juni eine Stern*fahrt* zum AKW Zwentendorf stattfindet. Wir dürfen die Bourgeoisie taktisch nicht geringschätzen, obwohl sie insgesamt auf dem absteigenden Ast sitzt.

4. Autodemonstrationen sind in unserer Zeit recht wichtig: Immer wieder hat der Staat alles unternommen, sie zu verhindern, man denke z.B. nur an die Traktorendemonstrationen der Bauern für ihre Interessen.

Das ist klar. Denn sie sind erstens ein gutes Propagandamittel. In dieser Hinsicht macht die Bourgeoisie auch noch Zugeständnisse, wenn es um die Verbreitung bürgerlicher Propaganda geht, z.B. die „junge" ÖVP dürfte das.

Wenn es aber um die Rechte des Volks gegen den Staat geht, dann darf es nicht sein.

Und zweitens sind Autodemonstrationen auch ein gutes Kampfmittel. Menschen allein kann man leichter wegknüppeln, aber Autos müßte man schon mit Kränen wegheben und da ist es fraglich, ob sich ein Kranführer dafür findet. Die Polizei selber setzt die Autos sehr wohl als Kampfmittel gegen das Volk ein. Man erinnere sich an die Nixon-Demonstration in Salzburg, wo die Polizei mit LKW's in die Leute gefahren ist. Selber haben sie sehr wohl mit einer Barrikade aus VW's die Weiterfahrt der Slowenen blockiert und ihre Polizeiomnibusse auf dem Wiener Josefsplatz stehen gehabt. An diesen Beispielen ist die Verlogenheit der Kapitalisten gut zu sehen: Den Gebrauch von Verkehrsmittel für die Politik des Volkes verbietet sie: Für ihre eigenen Interessen setzt sie sich aber massiv ein!

Ölkatastrophe in der Nordsee:
Schluß mit der imperialistischen Plünderung auf Kosten der Sicherheit

„Stop für alle Ölbohrungen in der Nordsee bis die größtmöglichen Sicherheitsvorkehrungen getroffen sind!" „Keine Bohrungen nördlich des 62. Breitengrades!" „Gegen den Ausverkauf der norwegischen Naturresourcen an ausländische Konzerne!" „Sofortiger Rücktritt der Regierung!"
Unter diesen Losungen gingen in Norwegen die Arbeiter- und Volksmassen am 1. Mai auf die Straße. Die machtvolle Demonstration, die die Empörung gegen die kapitalistische Ausplünderung von Bodenschätzen, die Mißachtung der Sicherheit von Menschenleben und Natur zugunsten des Profits zusammenfaßte, hat der norwegischen Regierung einen Schlag versetzt: Die geplanten Bohrungen ab Herbst wurden „verschoben".

Das ganze Ausmaß der Katastrophe ist noch nicht abzusehen. 20.000 Tonnen Öl flossen in die Nordsee, lächerliche 100 Tonnen konnten davon aufgesaugt werden. Wieviel Fischbestand vernichtet, wieviel und wielange das Plankton - die wichtigste Fischnahrung - zerstört wurde, wiesehr noch weiteres Leben entlang der Küste in Gefahr ist, werden erst die nächsten Wochen und Monate zeigen.

Dabei haben Regierung und Monopolkapitalisten noch Glück gehabt. Wäre das Öl explodiert, wären 120 Menschen auf der Bohrinsel in die Luft geflogen. Ein riesiger Feuerteppich hätte die Küstenstadt Ekofisk eingeschlossen und hätte womöglich aufs Land übergegriffen.

Aber was zählen schon Menschenleben und Natur bei der Jagd nach dem Maximalprofit?!

Wer ist Schuld an dem Unglück?

Allen voran der Phillipps-Konzern, dem noch die französischen Konzerne ELF und TOTAL, der italienische ENI(AGIP)-Konzern und die belgische Petrofina angeschlossen ist. Dieser Riesenkonzern hat die vorläufigen Schürfrechte für 150 Millionen Tonnen Erdöl und 140 Milliarden Kubikmeter Erdgas von der norwegischen Regierung bekommen, wobei die Verlängerung dieses Vertrages längst eine beschlossene Sache ist. Die Gesamtmenge an Öl und Gas, das in Ekofisk unter dem Meeresboden schlummert, wird auf 360 Millionen Tonnen Öl und 420 Milliarden Kubikmeter Gas geschätzt. Damit kann z.B. der halbe Erdgasbedarf Westdeutschlands und der gesamte Ölbedarf Englands bis 1980 hingedeckt werden.

Angesichts dieser ungeheuren Profitmöglichkeiten plante der Phillippskonzern, die Quelle von Ekofisk in 10 bis 15 Jahren auszuschöpfen. Unter dem Motto: Zeit ist Geld - je schneller wir das Öl haben, desto größer unsere Profite, wurde auf den zeitraubenden Einbau von den notwendigsten Sicherheitsvorkehrungen verzichtet. Die norwegische Zeitung „Klassenkampen" veröffentlichte einen Briefwechsel zwischen der Phillipps-Gruppe und der norwegischen Regierung, in der letztere ihre Bedenken wegen der mangelnden Sicherheitsvorkehrungen auf der Bravo-Plattform in Ekofisk anmeldete. Der Konzern antwortete darauf mit einer Erhöhung der Gewinnbeteiligung und der Aussicht auf eine größere Bestechungssumme. Daraufhin gab die Regierung grünes Licht und bedankte sich beim Phillippskonzern mit der Verleihung des St. Olaf Orden für besondere Verdienste an Norwegen!

Den ersten Protest des norwegischen Volkes gegen den Ausverkauf seiner Bodenschätze beschwichtigte die Regierung mit der Bemerkung, daß sie ohnehin nur die Erlaubnis für eine „gedrosselte" Förderung gegeben hätte.

Immer wieder versuchten norwegische Regierungsmitglieder das Ausmaß der Katastrophe zu vertuschen: Es würde „nur unmerklich Öl ausfließen". Das Öl könne „leicht aufgesaugt" werden. Zudem stellt sie sich schützend vor die ausländischen Konzernherrn. Man könne sie nicht für ein technisches Versagen verantwortlich machen, und - man solle vor allem nicht voreilige Schlüsse ziehen bezüglich der anderen schon laufenden und geplanten Bohrungen. Keineswegs voreilig, sondern einfach richtig ist dagegen der Schluß, den ein Arbeiter aus Bergen über die Katastrophe zog: „Sie laden den europäischen und amerikanischen Imperialismus ins Land und hoffen mit deren Hilfe soviel zu profitieren, daß sie ihren eigenen imperialistischen Interessen besser nachgehen können! Dafür opfern sie Menschenleben und Natur!"

Bei den Demonstrationen in Norwegen gegen die jeden Sicherheitsvorkehrungen spottende Ausplünderung der Ölreichtümer wurde wie bei der hier abgebildeten, auch immer wieder die Forderung nach dem Austritt Norwegens aus dem imperialistischen Energiebündnis IEA erhoben.

Den Gipfel der Frechheit leistete sich schließlich die sozialdemokratische Arbeiterzeitung, die einige Tage nach dem Unglück die Meldung brachte, „daß es sich wahrscheinlich nicht um ein technisches, sondern um ein menschliches Versagen handelte!" So wurde versucht, die Schuld von Profitgeiern auf die Arbeiter abzuwälzen. Spontane Demonstrationen im ganzen Land zwangen die Regierung schließlich zu einem Dementi. Die Verantwortung trifft alle bürgerlichen Parteien Norwegens. Sie haben einstimmig - einschließlich der revisionistischen KPN - die Zustimmung für die Schürfrechte an den Phillipskonzern erteilt.

Die norwegische Arbeiterklasse und das Volk haben den Kampf gegen die Ausplünderung ihrer Bodenschätze durch das ausländische Monopolkapital aufgenommen. Sie haben die Forderung nach Verstaatlichung aller Ölresourcen auf ihre Fahnen geheftet. Diese Forderung soll auch Gegenstand der Diskussion am kommenden gesamtnorwegischen Gewerkschaftskongress sein.

s.z.

Carters Energieprogramm: „Einschneidende Änderungen" bereiten den Krieg vor

Nachdem die vorübergehende Einstellung der Uranlieferungen der USA an westeuropäische Abnehmerstaaten für entsprechende Aufregung gesorgt hatte, gab dann der US-Präsident in zwei Fernsehauftritten ein schon länger angekündigtes Energieprogramm bekannt. Eine wichtige Sache, als die es angekündigt worden war, ist es zweifellos – für verschiedene US-Monopole und Energiekonzerne, für den US-Imperialismus und seine Lage gegenüber dem Hauptrivalen um die Vorherrschaft auf der Welt, der Sowjetunion, sowie gegenüber den westlichen imperialistischen Verbündeten, zu denen sich wachsende Widersprüche auftun. Vor dem großen Gipfel der Repräsentanten des westlichen Finanzkapitals aus den sieben stärksten westlichen Ländern im Mai, wollte der US-Präsident auch für die westeuropäischen Staaten richtungsweisend wirken.

Den Massenmedien hierzulande nach geht es beim amerikanischen Energiesparprogramm vor allem um die Einschränkung von Straßenkreuzern, die 20 Liter Sprit auf 100 km verbrauchen. Tatsächlich soll der Verbrauch von Öl und Energie eingeschränkt werden, nicht weil es zu wenig gibt, sondern damit die Supermacht USA mindestens 6 Monate ('strategische Reserve') ohne auf Energieeinfuhren angewiesen zu sein, Krieg führen kann.

und mit der Schützenhilfe des Staates und beginnenden Zwangsmaßnahmen werden die Monopole vor allem so vorgehen, wie es Monopolen möglich und eigen ist: In dreijährlichen Schritten soll der Benzinpreis auf Weltmarktniveau gehoben werden (zur Zeit umgerechnet 2,68 S pro Liter). Bei Erdgas soll es eine 20 prozentige Erhöhung geben. Die Kohleförderung soll um zwei Drittel erhöht werden, und die Reibereien und Widerstände, die im US-Kongreß um dieses Energieprogramm aufbrechen, sind nichts anderes als Widersprüche zwischen verschiedenen Konzern- und Monopolgruppen.

Die Atomkraftwerke sollen weiter zügig ausgebaut und in nächster Zukunft noch die vier in den USA stehenden Urananreicherungsanlagen verdoppelt werden. Carter bezog sich in seinen Plänen auf „die Nuklearwirtschaft, die auf eine Route umorientiert werden soll, die nicht zu Atombomben für jedermann (gemeint sind alle Länder außer den beiden Supermächten und einigen wenigen Großmächten - J.R.) führt; die Energiepolitik, die ein gigantisches politisches und wirtschaftspolitisches Pensum mit kühnem Griff anpackt und die mitten im Frieden von den Amerikanern tiefer einschneidende Änderungen ihrer Lebensgewohnheiten fordert, als sie ihnen die beiden Weltkriege abverlangt hatten" (Neue Zürcher Zeitung, 24.4.77)

Und die österreichische „Presse" kommentierte am 20.4. „Was er (= Carter) ... plant, weist in die richtige Richtung, auch für Amerikas Partner in der Energieagentur." Österreich ist ein solcher „Partner". Der Herr US-Präsident, der erst kürzlich den österreichischen Kanzler Kreisky mit dem neuen Wind, der in der Politik des US-Imperialismus weht, vertraut gemacht hat, meinte nun, daß die Anstrengungen, die dem Volk abgefordert werden, „ein moralisches Äquivalent zum Krieg" seien. Deutlicher geht es wohl nicht.

Die österreichische Arbeiterklasse wird dem österreichischen Imperialismus und seiner Energiepolitik den Kampf ansagen sowie dem Versuch jeder der beiden Supermächte, ihr Diktat über die Welt zu errichten und auf dem Weg dahin die ganze Welt in einen neuen Krieg zu stürzen. Der Kampf für den sofortigen Austritt Österreichs aus der Internationalen Energieagentur ist höchst aktuell.

J.R.

Nordirland: Warum sollten Arbeiter für reaktionäre Ziele streiken?

Der protestantische Pfarrer Ian Paisley und Ernest Baird, zwei der reaktionärsten Figuren im Dienst des britischen Imperialismus in Nordirland, haben letzte Woche vergeblich versucht, die Arbeiter in einen Streik für die Verstärkung der kolonialen Terrorherrschaft Großbritanniens über die irische „Provinz" zu hetzen. Sie forderten von der englischen Regierung ein schärferes Vorgehen gegen die IRA und die Installierung des „Stormont", ein Parlament, über das die nordirische Bourgeoisie ihre Herrschaftsgewalt zu verstärken gedenkt.

Paisley ist es nicht gelungen, demagogisch an den Generalstreik von 1974 anzuknüpfen, bei dem sich die protestantischen Massen gegen den Versuch des britischen Imperialismus wandten, mit Hilfe einer parlamentarischen Beteiligung der reformistischen, vorwiegend katholischen Sozialdemokraten Ulsters, die Volksmassen bei fortdauernder imperialistischer Knechtschaft zu „befrieden".

Die britische Regierung nutzte den Streikaufruf ihres reaktionären Statthalters Paisley, um die Gewaltherrschaft in Nordirland von 14.000 bereits stationierten auf 31.000 Mann Truppenstärke auszudehnen.

Nachdem die kleinbürgerliche „Friedensbewegung" Bankrott gegangen ist, ist dies ein weiterer Schlag gegen den Imperialismus, die Spaltung der Arbeiter- und Volksmassen zu vertiefen, und vom Kampf gegen die kolonialistische Ausbeutung und Unterdrückung abzuhalten. Die Massen im Norden fordern seit Jahren: „Britische Truppen - raus aus Irland!" Die Solidaritätsbewegung mit den inhaftierten IRA-Kämpfern, die gegenwärtig einen Hungerstreik gegen Isolationshaft und unmenschliche Schikanen, wie kleinlichste Zellendurchsuchungen und Leibesvisitationen führen, wächst.

Am 16. April demonstrierten in Dublin über 2.000 Menschen zur Unterstützung des Hungerstreiks von 14 IRA-Mitgliedern im Gefängnis der südirischen Republik Portlaoise und legten dabei für mehrere Stunden den Verkehr in Dublin lahm.

Niederlage des Sozialimperialismus in Zaire

Der Überfall der im Solde des Sozialimperialismus stehenden Katanga-Gendarmen auf Zaire ist gescheitert. Die Sozialimperialisten sind mit ihrem Versuch, die rohstoffreiche Provinz Shaba abzuspalten um ihren Stützpunkt in Afrika von Angola ausgehend zu erweitern, nicht durchgekommen. Sie sind mit ihrer Invasion auf den geschlossenen Widerstand der afrikanischen Völker und Länder getroffen. Einzig die Regierung des von ihnen besetzten Angola unterstützt die Invasion. Die verschiedenen Völker und Stämme Zaires haben im Kampf gegen die imperialistische Aggression ihre nationale Einheit gefestigt. So haben „pygmäische Elitebogenschützen" entscheidend beigetragen zur Befreiung Mutshatshas, der ersten größeren Stadt, die die Invasoren besetzt hatten.

Das Jägervolk der Pygmäen, das die Imperialisten stets als eines der rückständigsten hinzustellen versucht und das im Süden Zaires siedelt, zeigte sich den mit modernen sowjetischen Waffen ausgerüsteten und von kubanischen und Kriegsspezialisten aus der DDR ausgebildeten Söldnern im gerechten Widerstandskrieg des Volkes von Zaire überlegen.

In den letzten Wochen wurden die Söldnerbanden ebenso aus Kisage vertrieben. Am 7. Mai befreiten die Regierungstruppen Sanikosa und befinden sich nun im Vormarsch auf Dilolo, 25 km von der angolanischen Grenze entfernt.

In seinem gerechten Kampf für die nationale Unabhängigkeit und territoriale Unverletzlichkeit findet das zairische Volk immer breitere Unterstützung bei den afrikanischen und anderen Völkern. Auch der Vorsitzende der OAU versicherte Zaire die volle Unterstützung und Solidarität der OAU gegen die Aggression.

Die Staatsoberhäupter von Ägypten, Äthiopien, Ghana, Kongo, Liberia, Mauretanien, Marokko, Ruanda, Sudan, Tschad, Tunesien, Uganda, des Zentralafrikanischen Kaiserreiches verurteilten die Söldnerinvasion und leisteten Unterstützung in Form von Medikamenten, Lebensmitteln und Waffen bis hin zu Truppen wie Marokko, der Sudan und Uganda.

In dieser Situation können die Sozialimperialisten nicht anders, als ihre Verantwortung für die Intervention abstreiten. Zugleich aber bereiten sie die Rache für die Niederlage vor: Die Unterstützung Zaires durch andere afrikanische Länder und Staatsoberhäupter zeige nur, daß diese „Krokodilliebhaber", die „Ohren abschneiden, Hände abhacken und Augen ausreißen", direkte Handlanger des US-Imperialismus sind (Volksstimme 4.5.). Wieder einmal schicken sie ihren Wegbereiter Castro vor, der von einem eventuellen Verfolgen der Katanga-Gendarmen auf angolanisches Gebiet redet, dies als „Angriff auf Kuba" wertet und mit einem Gegenschlag droht. Wie schon vor einigen Monaten, als die Sozialimperialisten Zaire verleumdeten, es wolle Angola überfallen, bereiten sie ihre neuerliche Aggression durch Lügen vor. Auch die westlichen Imperialisten jubeln nicht gerade über die Vertreibung der Katanga-Gendarmen. Für sie war der Versuch Mobutus, eine nationale Politik zu betreiben, schon lange ein Dorn im Auge. So jammert die Frankfurter Allgemeine Zeitung: „... wegen seines Nationalismus läßt er (Mobutu) sich auch nicht an den Westen binden. Er gilt als nicht verläßlich."

Die westlichen Imperialisten hofften auf die Schwächung des Volkes von Zaire und versuchten, die Intervention zu nutzen, um ihren Würgegriff um Zaire zu verstärken. Sie nutzten die Gelegenheit, um die Rückgabe der nationalisierten Erdölgesellschaften an die Ölkonzerne Petrofina, Mobiloil, Texaco und Shell zu erzwingen. Unterstützt durch den BRD- und US-Imperialismus versucht Frankreich, über Berater mit Truppen ins Land zu kommen. Sie sind dabei nicht so weit gekommen, wie sie wollten, da das Volk von Zaire mit Unterstützung seiner afrikanischen Brudervölker in der Lage war, die Invasoren zurückzudrängen. Das Volk von Zaire hat in diesen Kämpfen seine Einheit gegen den Imperialismus gestärkt, sein Bewußtsein über die Manöver und Absichten beider Supermächte erhöht und wird sicher auch weiteren Angriffen mutig entgegentreten.

C.R.

„KEIN KONGOLESE KANN JE VERGESSEN, DASS SEIN LAND IN EINEM TAGTÄGLICHEN KAMPF EROBERT WERDEN MUSSTE" (PATRICE LUMUMBA)
ZUR GESCHICHTE DES KONGO-KONFLIKTES
in Kommunist 4/77, Preis 25,- zu beziehen über: Kommunistischer Bund Österreichs, Zentraler Vertrieb, Halbgasse 12, 1070 Wien.

Schon über 700 kg Kleider für Zimbabwe !

Die von den Komitees Südliches Afrika durchgeführte Spenden- und Kleidersammlung für Zimbabwe, die von vielen Organisationen unterstützt wird, kommt gut voran.

Mehr als 700 kg Kleider, mehrere Schreibmaschinen, Radios, Kassettenrecorder, über 7.400,- S wurden bisher gesammelt. Das Afrika-Komitee-Graz hat sein Ziel: Schulmaterial im Wert von S 5000,- zu sammeln, schon fast erreicht. Mehrere große Säcke mit Papier, Heften, Bleistiften, etc. liegen schon für den Versand bereit. Anfang Juni wird die Sammlung in die Ausbildungslager der ZIPA (Volksarmee von Zimbabwe) gesendet.

Mit zahlreichen Agitations- und Informationsständen und vielen Veranstaltungen wurde der Kampf des Volkes von Zimbabwe gegen die illegale Siedlerherrschaft propagiert und die Solidarität mit ihm verbreitert und gefestigt. Am 26.3. z.B. veranstaltete das „Komitee gegen Apartheid" in Graz mit dem Jugendreferat des ÖGB, dem KB und der GRM ein Zimbabwe-Solidaritätsfest. Es kamen etwa 100 Berufstätige, Studenten und Schüler.

Es wurden über S 700,- gespendet. Als Höhepunkt wurden zwei Torten um über S 400,- versteigert, eine mit der Aufschrift: „Freiheit für Zimbabwe" und die zweite mit der Fahne von Zimbabwe und einer roten Fahne „Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt Euch!" Das rege Interesse an der tatsächlichen Situation im Südlichen Afrika fand auch darin seinen Niederschlag, daß Literatur im Wert von S 500,- verkauft wurde.

Am 21.3. sprach J. Nyandoro, ein Mitglied der Befreiungsbewegung Zimbabwes, auf einem Diskussionsabend in der GPA-Gruppe der Österreichischen Gewerkschaftsjugend im 12. Bezirk in Wien.

In der GPA-Gruppe selber wird die Spendensammlung für Zimbabwe durchgeführt und mehrere Mitglieder erklärten sich bereit, auch unter ihren Kollegen zu sammeln. (nach Berichten aus „revolutionäres Afrika", Zeitung des KSA-Wien, Nr. 4 und 5).

Unterstützt den Befreiungskampf des Volkes von Zimbabwe !

* Männer-, Frauen-, Kinderbekleidung, Schuhe, Wolldecken, Leintücher, Stoffe
* Feldstecher, Kompasse, Kassettenrecorder, Tonbandkassetten, Transistorradios mit Kurzwelle, Schreibmaschinen, Fotoapparate, Taschenlampen, Schreibutensilien
* Geld zur Finanzierung des Transportes in die Ausbildungslager in Mozambique

SAMMELSTELLE: 1070 Wien, Halbgasse 12, Tel. (0 222) 93 83 37

SPENDENKONTO: Zentralsparkasse der Gemeinde Wien. Kennwort: Spenden für Zimbabwe. Kontonummer: 601 318 306

„Freiheit für Zimbabwe" - Veranstaltung in Grazer Schule

„Freiheit für Zimbabwe" - unter diesem Motto führten Lehrer einer Hauptschule im Bezirk Graz-Umgebung für die Schüler eine Informationsveranstaltung durch. Obwohl diese erst nach Unterrichtsschluß stattfand, kamen ca. 50 interessierte Schüler. Eine Ausstellung des „Komitee gegen die Apartheid" informierte die Schüler über die geschichtliche Entwicklung des Kolonialismus in Zimbabwe und die Situation von heute. Ein Dia-Vortrag fand großen Anklang und motivierte die Schüler zu einer Diskussion, bei der vor allem Fragen des bewaffneten Befreiungskampfes und der Hilfe, die wir zur Unterstützung leisten können, im Mittelpunkt standen. Am Ende des Gesprächs bezog der Großteil der Schüler eine positive Stellung zum Kampf des Volkes von Zimbabwe und erkannte, daß mit Verhandlungen und Zugeständnissen eine Verbesserung der sozialen Lage der Bevölkerung und die nationale Unabhängigkeit des Landes nicht erreicht werden können.

Am Ende der Veranstaltung beschlossen die Schüler, Kleidung und Schulmaterial zur Unterstützung der im Kampf stehenden Bevölkerung zu sammeln. Resultat war ein großer Karton Kleidung von den Schülern, weitere Bekleidung sowie Hefte im Werte von 1.600 Schülern von einigen solidarischen Lehrern.

GE/SS, Ortsgruppe Graz

Auszug aus einem Brief zairischer Marxisten-Leninisten

Die Sowjetunion versteckt die Aggression, die sie gegenwärtig gegen unser Land verübt, hinter verschiedenen Masken: „Bürgerkrieg", „Volksaufstand in Südzaire" usw.

Für uns ist klar, daß es sich um eine Aggression des Sozialimperialismus handelt, die bekämpft werden muß. Der „Bürgerkrieg" und der „Volksaufstand", von denen der Sozialimperialismus jetzt andauernd redet, sind Aktionen bezahlter Söldner und kein bewaffneter Kampf unseres Volkes, um seine Unterdrücker abzuschütteln.

Keine Kraft im Solde eines Imperialismus und auch nicht des Sozialimperialismus kann für sich beanspruchen, unser Volk zu befreien. Im Grunde sind die heutigen Ereignisse eine neue sowjetische Eskalation seiner Versuche, unser Land zu einer Kolonie von seinen Gnaden zu machen.

Es ist eine wohlbekannte sowjetische Taktik, die gerechte Unzufriedenheit des zairischen Volkes mit der Unterdrückung durch den Imperialismus, mit der Bürde, die es infolge der Krise des Kapitalismus trägt, und mit der gesamten Politik, die das herrschende Regime zur Eindämmung dieser Unzufriedenheit anwendet, auszunutzen.

Gewiß, das Regime in unserem Lande ist die Herrschaft einer Großbourgeoisie, in der der Imperialismus und vor allem der USA-Imperialismus eine Stütze gefunden und auf das er große Hoffnungen für die Sicherung seiner Interessen gesetzt hatte. Das erklärt, warum das Volk von Zaire niemals aufgehört hat, gegen jede Unterdrückung zu protestieren und Widerstand zu leisten. Für unser Volk kommt es nicht in Frage, von dem Weg abzuweichen, der zu seiner vollständigen Befreiung führt, vom Weg des wirklichen Kampfes für seine nationale Befreiung und die Errichtung einer volksdemokratischen Ordnung.

Der Sozialimperialismus spekuliert auf die gerechten Gefühle unseres Volkes. Er treibt den Zynismus in seiner unersättlichen Gier bis zu dem Wahnsinnsplan, unserem Volk die Überreste von Kolonialtruppen als „Befreiungsarmee" aufzuzwingen, zu dem Wahnsinnsplan, alte Haudegen, die ein Luxusexil am Schwarzen Meer verbracht haben und uns eine Horde prosowjetischer „beni oui oui" (das sind die in katholischen Kirchen für Missionssammlungen aufgestellten Negerfiguren, deren Köpfe einen Geldschlitz tragen und die demütig nicken, wenn man Geld hineinwirft, d.Ü.), als sogenannte „Befreiungsfront" aufzuzwingen, um die sich ein Mosaik von Minigruppen sammelt. (...)

Die vollendeten Tatsachen, vor die uns die sowjetischen Sozialimperialisten durch die Aggression gegen unser Land stellen wollen, stehen den grundlegenden Bestrebungen unseres Volkes, das sein Geschick in die eigene Hand nehmen will, schmerzlich entgegen. Das Volk leistet Widerstand.

Wir begrüßen und unterstützen ohne Zögern alle antisozialimperialistischen, patriotischen und Volksaktionen sowohl innerhalb Zaires wie im Ausland, sowohl zivile wie militärische. Sie sind der lebendige Beweis des glühenden Wunsches im Herzen unseres Volkes, sich vom Imperialismus zu befreien und mutig gegen den sowjetischen Sozialimperialismus zu kämpfen. Sie erlauben es, diesen Feind zu entlarven und zu isolieren.

Weil sie vor allem von unserem Volk ausgehen, unterstützen wir diese Aktionen und machen uns zu ihrem Sprachrohr. Wir machen uns sicherlich keine Illusionen über die Möglichkeiten des jetzigen Regimes, die nationale Unabhängigkeit konsequent bis zu Ende zu verteidigen oder eine entschlossene Mobilisierung der Massen durchzuführen.

Das ist das Werk von Ausdauer und unerläßlicher Hartnäckigkeit, wobei die Führung letztlich nur vom Proletariat mit seiner Partei an der Spitze ausgeübt werden kann.

Der Kampf unseres Volkes wird in einem Land der Dritten Welt geführt, wo neben der grundlegenden Existenz des Klassenkampfes der Kampf unseres Volkes gegen den Imperialismus, vor allem gegen die Supermächte existiert.

Hauptsächlich der sowjetische Sozialimperialismus ist es, der sich anschickt, zum größten Feind des zairischen Volkes zu werden, der mit jedem Tag begieriger wird und beträchtliche Anstrengungen unternimmt, Zaire zu seiner Kolonie zu machen.

„Die Nacht des Kolonialismus", „der Zwangsmarsch an die Mündung (des Kongos in den Atlantik, d.Ü.)", „der Negerhandel" - sie sind ein düsteres Denkmal, das unsere Völker ins Museum der Geschichte verbannt haben. Keines der heute gegen Ausbeutung und Unterdrückung kämpfenden afrikanischen Völker wird dem Sozialimperialismus die Möglichkeit geben, es wieder aus dem Museum herauszuholen.

Zairische Marxisten-Leninisten
(Aus l'Humanité rouge)

Band V der „Ausgewählten Werke" Mao Tsetungs in China erschienen!

Ein weiterer Sieg im Kampf gegen die konterrevolutionäre „Viererbande"

Am 15. April 1977 ist in China der Band V der „Ausgewählten Werke Mao Tsetungs" erschienen. Der vom ZK der KP Chinas unter Führung des Vorsitzenden Hua Guofeng redigierte und herausgegebene Band V wurde von den chinesischen Volksmassen begeistert begrüßt und eine breite Bewegung zum Studium dieses bedeutsamen Werkes hat in ganz China eingesetzt.



Die Herausgabe des Band V ist das Ergebnis der Zerschlagung der „Viererbande"

Am 8. Oktober 1976, kurz nach der Aufdeckung der konterrevolutionären Machenschaften und Absichten der parteifeindlichen Clique Wang Hung-wen, Dschang Tschun-Djiao, Djiang Tjing und Jao Wen-juan, faßte das ZK der KP Chinas den „Beschluß über die Herausgabe der 'Ausgewählten Werke Mao Tsetungs' und die Vorbereitungsarbeit für die Herausgabe des 'Gesamtwerkes Mao Tsetungs'". Daß bereits 7 Monate nach diesem Beschluß der fünfte Band der „Ausgewählten Werke Mao Tsetungs" in China erschienen ist, stellt einen gewaltigen Sieg über die „Viererbande" dar. Die „Viererbande", Todfeind des Marxismus-Leninismus und der Mao Tsetung-Ideen, setzte vor ihrer Zerschlagung alles daran, die Redaktionsarbeit und Herausgabe des fünften Bandes zu stören und zu verhindern. „Die rote Fahne stürzen mit der roten Fahne in der Hand" - das war ihre Absicht, die sie nur verwirklichen konnte, wenn sie den Marxismus-Leninismus und die Mao-Tsetung-Ideen verfälschte und ihres revolutionären Inhalts beraubte. Daß der „Viererbande" bei der geplanten Usurpation der Staatsmacht und Errichtung einer kapitalistisch-faschistischen Diktatur die Herausgabe des fünften Bandes der „Ausgewählten Werke Mao Tsetungs" im Wege stand, ergibt sich aus dem revolutionären marxistisch-leninistischen Inhalt des fünften Bandes.

Die Herausgabe des fünften Bandes durch das ZK der KP Chinas mit Vorsitzendem Hua an der Spitze ist deshalb auch von besonderer Bedeutung für die Entlarvung und Kritik der „Viererbande", für die Aufdeckung ihrer konterrevolutionären Machenschaften und die Beseitigung aller schädlichen Überreste der „Viererbande" und ihrer gegen den Marxismus-Leninismus und die Mao-Tsetung-Ideen gerichteten Auffassungen und Handlungen.

Der Band V ist eine scharfe Waffe zur Weiterführung der Revolution

Der Band V der „Ausgewählten Werke Mao Tsetungs" enthält Schriften Maos vom September 1949 bis 1957. 1949 wurde die Volksrepublik China gegründet. Die Gründung der VR China kennzeichnet im wesentlichen den Abschluß der Etappe der neudemokratischen Revolution und den Beginn der Etappe der sozialistischen Revolution. In dieser neuen historischen Etappe stellte und stellt sich zu jedem Zeitpunkt das fundamentale Problem, ob bewußt der sozialistische Weg eingeschlagen und beschritten wird oder ob sich der Kapitalismus durchsetzt. Unter der Führung Mao Tsetungs schlugen die chinesischen Volksmassen den sozialistischen Weg ein und errichteten im scharfen Klassenkampf die Diktatur des Proletariats. Gestützt und geleitet vom Marxismus-Leninismus, die allgemeinen Wahrheiten des Marxismus mit der konkreten Praxis der Revolution in China verbindend und den Klassenkampf als Hauptkettenglied anpackend, arbeitete Mao Tsetung eine korrekte marxistisch-leninistische Linie aus und legte eine Reihe von wichtigen und fundamentalen Prinzipien und politischen Leitsätzen für den Aufbau des Sozialismus und die Festigung der Diktatur des Proletariats in China fest.

Er faßte systematisch die historischen Erfahrungen der Diktatur des Proletariats in China und in der Welt zusammen, analysierte die Widersprüche, Klassen und den Klassenkampf in der sozialistischen Gesellschaft und begründete damit die große Theorie von der Weiterführung der Revolution unter der Diktatur des Proletariats. Diese glänzende Konzeption, die eine schöpferische Weiterentwicklung des Marxismus-Leninismus, des wissenschaftlichen Sozialismus war, bereicherte und entwickelte Mao Tsetung später vor allem in der Großen Proletarischen Kulturrevolution. In der Periode des Sozialismus bestehen noch Klassen, Klassenwidersprüche und Klassenkampf, ist der Revisionismus und die Restauration des Kapitalismus die Hauptgefahr und müssen stets alle rechten und „linken" Fehler entschieden bekämpft und überwunden werden. Diese grundlegende These Mao Tsetungs wollte die „Viererbande" sabotieren. Die chinesischen Volksmassen verwenden sie heute, um die „Viererbande" zu entlarven und zu kritisieren, den ideologisch-theoretischen Aufbau der KP-Chinas zu stärken und die Entwicklung der sozialistischen Revolution und des sozialistischen Aufbaus in China voranzutreiben.

- BESCHLUSS DES ZK DER KP CHINAS ÜBER DAS STUDIUM VON BAND V DER „AUSGEWÄHLTEN WERKE"
- VORBEMERKUNG ZU BAND V
- EINFÜHRUNG ZU BAND V

erschienen in „Kommunist 4/77, Preis 25,- zu beziehen über: Kommunistischer Bund Österreichs, Zentraler Vertrieb, Halbgasse 12, 1070 Wien

Die Herausgabe des Band V ist von großer historischer Bedeutung

Die im Band V veröffentlichten Schriften Mao Tsetungs sind nicht nur für China, die KP Chinas und die chinesischen Volksmassen von gewaltiger Bedeutung. Die schöpferische Entwicklung und Bereicherung der Theorie der marxistischen Philosophie, der politischen Ökonomie und des wissenschaftlichen Sozialismus durch Mao Tsetung haben schon bisher der internationalen kommunistischen Bewegung und den um ihre Befreiung kämpfenden Völkern eine scharfe Waffe in die Hand gegeben. Mit der Herausgabe des fünften Bandes der „Ausgewählten Werke Mao Tsetungs", in dem eine Reihe bis jetzt unveröffentlichter Schriften Mao Tsetungs enthalten sind, wird das Arsenal des Marxismus-Leninismus bedeutend vergrößert und erhalten die Kommunisten und die Völker der Welt neue Munition gegen ihre Feinde.

Die Herausgabe des Band V müssen wir zum Anlaß nehmen für eine Vertiefung des Studiums des Marxismus-Leninismus und der Mao Tsetungideen

Die deutsche Übersetzung des Band V der „Ausgewählten Werke Mao Tsetungs" wird aller Voraussicht nach 1978 erscheinen. Aber schon jetzt strahlt die Bedeutung der Herausgabe des fünften Bandes weit über Chinas Grenzen hinaus. In der ganzen Welt blicken die Kommunisten, die internationale Arbeiterklasse und die kämpfenden Völker begeistert nach China und feiern den Sieg der KP Chinas und der chinesischen Volksmassen über die „Viererbande" und die in diesem Zusammenhang stehende Veröffentlichung des fünften Bandes der „Ausgewählten Werke Mao Tsetungs". Nehmen wir die historische Bedeutung der Herausgabe des fünften Bandes zum Anlaß, um unser Studium des Marxismus-Leninismus und der Mao Tsetung-Ideen zu vertiefen! Setzen wir noch größere Anstrengungen bei der Verbreitung des Marxismus-Leninismus und der Mao-Tsetung-Ideen in der österreichischen Arbeiterklasse und im österreichischen Volk! Bereiten wir so das Erscheinen der deutschen Ausgabe des fünften Bandes der „Ausgewählten Werke Mao Tsetungs" vor! Feiern wir die Herausgabe des fünften Bandes, indem wir entschlossen voranschreiten beim Aufbau einer neuen revolutionären kommunistischen Partei der österreichischen Arbeiterklasse, indem wir unseren bestmöglichen Beitrag zum Sieg der Weltrevolution leisten.

G.Sch.

Der Rohbau der Gedenkhalle für den großen Führer und Lehrer Mao Tsetung. Er wurde am 22. März vorfristig fertiggestellt.

Heftige Auseinandersetzungen mit Reformismus und Revisionismus

Der 1. Mai in Europa: Die revolutionäre Arbeiterbewegung sammelt neue Kräfte

Dieses Jahr fand der 1.Mai in Europa vor dem Hintergrund der schweren Überproduktionskrise in allen imperialistischen Ländern statt. Die Rivalität der beiden Supermächte um die Herrschaft über die Völker der Welt und ihre Reichtümer ist in eine neue verschärfte Phase getreten, so wie der Handelskrieg der imperialistischen Bourgeoisien gegeneinander und ihr Konkurrenzkampf um Weltmarktanteile zugenommen hat. Gemeinsames Interesse der Imperialisten ist es in dieser Situation, die Ausbeutung der Arbeiterklasse zu verschärfen und sie einzuspannen für wirtschaftlichen,politischen und militärischen Krieg gegen den imperialistischen Konkurrenten. Gemeinsames Interesse des Proletariats in dieser Situation ist es dagegen, den revolutionären Kampf gegen die Verfaulung und Reaktion des Imperialismus vorzubereiten. Eine entscheidende Frage dabei ist es, die Spaltung des internationalen Proletariats durch die imperialistische Konkurrenz der Bourgeoisie zu überwinden und den Reformismus und Revisionismus zu schlagen, der diese Konkurrenz versucht, in die Arbeiterklasse zu tragen und die internationale Arbeiterbewegung und die unterdrückten Völker gegeneinanderzuhetzen. Um diese Frage erfolgreich zu lösen, muß die Arbeiterklasse in den verschiedenen Ländern kommunistische Parteien aufbauen, die auf der Grundlage der Einsicht in den Gang der proletarischen Weltrevolution in den verschiedenen nationalen Kämpfen des Proletariats die gemeinsamen, von der Nationalität unabhängigen Interessen des gesamten Proletariats hervorhebt, und zur Geltung bringt.

Die Maidemonstrationen in einigen europäischen Ländern zeigen, daß während die Faktoren eines kriegerischen Zusammenstoßes der Imperialisten wachsen, auch die Faktoren des revolutionären Kampfes des Proletariats wachsen.

In der *Bundesrepublik Deutschland* fand auf den Kundgebungen des sozialdemokratischen Gewerkschaftsbundes eine scharfe Auseinandersetzung mit der Politik der Führung statt. In Köln wurde Bundeskanzler Schmidt und DGB-Vorsitzender Vetter, als sie in ihren Reden von Lohnabbau, Beschränkung der staatlichen Sozialleistungen und Ausbau des Polizeiapparates sprachen, durch lautstarke Sprechchöre unterbrochen. Bundesforschungsminister Matthöffer mußte seinen Auftritt in Hamburg, wo er für das imperialistische Kernenergieprogramm Werbung zu machen versuchte, vorzeitig abbrechen. In Darmstadt trugen Druckereiarbeiter auf der DGB-Demonstration Transparente mit Losungen der Solidarität mit dem Kampf ihrer dänischen Kollegen. Am Montag vorher hatten die Arbeiter eines Betriebes gestreikt gegen den Versuch der dänischen Zeitungskapitalisten, westdeutsche Druckereiarbeiter als Streikbrecher einzusetzen und ihre Zeitungen in der BRD drucken zu lassen.

In *Norwegen* waren die Maidemonstrationen, zu denen die „1.Mai" Arbeiterfront unter Beteiligung der Kommunistischen Arbeiterpartei/ML aufgerufen hatte, die weitaus stärksten. 8.000 Menschen beteiligten sich allein in Oslo, 2.000 in Bergen und über 1.000 in Trondheim unter der Losung „Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!" an den Maiaufmärschen.

In *Frankreich* versammelten sich mehrere tausend Arbeiter auf den gemeinsamen Mai-Aufruf der beiden marxistisch-leninistischen Organisationen PCRml und Humanité Rouge am Place de la Republique. Bei dem anschließenden Demonstrationsmarsch, bei dem Portraits von Marx, Engels, Lenin, Stalin und Mao Tsetung getragen wurden, waren Losungen zum Kampf gegen die Folgen der imperialistischen Krise und zum Kampf gegen die Kriegstreiberei der beiden imperialistischen Supermächte, insbesondere gegen die Anwesenheit ihrer Kriegsflotten im Mittelmeer, vorherrschend. Auch die Losung „Nieder mit dem Revisionismus!" und „Es lebe der Marxismus-Leninismus!" wurde erhoben.

Auch in *Griechenland*, einem strategischen Schwerpunkt des gegenwärtigen Ringens der beiden Supermächte in Europa, standen die Mai-Demonstrationen im Zeichen der revolutionären Ziele des internationalen Proletariats. Zehntausende Arbeiter und Bauern forderten auf Transparenten „Arbeit, Freiheit und Brot!", „Amis - raus aus Griechenland!" und „Nieder mit dem Sozialimperialismus, der Quelle eines neuen Weltkrieges!"

Mehrere Tote gab es in *Istanbul*, als faschistische Terrorschützen von Regierungsgebäuden aus in die Maikundgebungen feuerten und so tätliche Auseinandersetzungen zwischen den Arbeitern provozieren konnten. Ansatzpunkt dieser Spaltungsmanöver gaben den Faschisten die reformistischen Gewerkschaftsführer, die den marxistisch-leninistischen Organisationen die Teilnahme an den Maifeierlichkeiten verboten hatten.

In *Albanien* konnten die Volksmassen den Kampftag der internationalen Arbeiterklasse zugleich als Tag des Sieges der proletarischen Revolution im eigenen Land feiern. In der Hauptstadt Tirana zogen die Menschen an Modellen und Karten, die die landwirtschaftlichen und industriellen Errungenschaften des sozialistischen Aufbaus zeigten, vorbei, an Plakaten, auf denen Losungen zur Unterstützung des revolutionären Kampfes der asiatischen, afrikanischen und lateinamerikanischen Völker standen, sowie vor den Portraits von Marx, Engels, Lenin und Stalin und den großen Marxisten-Leninisten der Gegenwart: Enver Hoxha, Mao Tsetung und Hua Guo Feng



In mehreren Städten Westdeutschlands riefen auf revolutionären Maikundgebungen Soldatenkomitees zur Unterstützung von Forderungen gegen die Rechtlosigkeit innerhalb des imperialistischen Armee- und Gewaltapparates auf.

Italien: Maidemonstrationen im Kampf gegen Reaktion und Revisionismus

In Italiens Hauptstadt Rom fand der 1. Mai in einem Klima unglaublichen politischen Terrors gegen die Bevölkerung statt. Das für die Hauptstadt vor einigen Wochen verhängte generelle Demonstrationsverbot war von Innenminister Cossiga unter dem Druck der Bewegung für einige Stunden am 1.Mai außer Kraft gesetzt worden. Der Gewaltapparat der Bourgeoisie hatte es an diesem Tag auf eine Kraftprobe abgesehen. Die Piazza S. Giovanni, der traditionelle Platz für die großen Maikundgebungen, war umstellt von unzähligen Polizeikordonen; Mit Tränengas und Waffengewalt wurde dort gegen die Demonstranten vorgegangen.

Unterwegs zum Versammlungsplatz wurden nicht nur „verdächtig aussehende Radikale" angehalten und mußten sich Leibesvisitationen und Ausweiskontrollen gefallen lassen, ganze Familien blieben im Dickicht der Polizeiketten „stecken", konnten weder nach vor, noch zurück. Dort, wo „Not am Mann" war, „half" die revisionistische P C I durch ihren 2000 Mann starken Ordnungsdienst, der - ebenfalls bestens ausgerüstet mit Helm und Uniform - „die Stadt vor dem Chaos zu schützen", aufmarschiert war.

Auch im übrigen Italien hat sich der revisionistische Ordnungsdienst vom P C I am 1.Mai ein weiteres Mal traurige Berühmtheit erworben. So wurde in Mailand der große Demonstrationszug, der unter den Hauptlosungen „Gegen die Regierung der Enthaltungen!" und „Gegen die Regierung Berling-uotti!" (Berlinguer und Andreotti) durch die Stadt zog, vor der Piazza Duomo, auf der die Revisionisten ihre eigene Kundgebung abzuhalten planten, von diesen gewaltsam aufgehalten.

In Neapel nahmen an die 40.000 Personen an der kämpferischen Maidemonstration teil. Ein an der Spitze marschierender Block von 500 Arbeitslosen unterstrich den Charakter und das Gepräge des Zuges: eine beißende Anklage gegen das kapitalistische System, das nicht imstande ist, den breiten Volksmassen eine gesicherte Lebensexistenz zu garantieren, eine Kampfansage an den bürgerlichen Staat, der die wachsenden Volkskämpfe mit Reaktion und politischen Repressionen beantwortet, aber schließlich auch in großen Teilen des Zuges eine klare Absage an die modernen Revisionisten von der P C I, deren ungeheurer Verrat an der Arbeiterklasse und Übergang in das Lager der Konterrevolution durch den Verlauf der Ereignisse der letzten Monate, vielen Menschen deutlicher denn je vor Augen geführt worden war.

U.H.

Spanien: Faschistischer Terror wie eh und je

Knapp eine Woche vor dem 1.Mai sprach das Regime die Legalisierung der Gewerkschaften aus. Gleichzeitig verbot es öffentliche Großkundgebungen für den Kampftag der internationalen Arbeiterklasse. In geschlossene Räume und Fußballstadions wollte die spanische Regierung die Arbeiterbewegung einsperren. Das ist ihr nicht gelungen. Schon Tage vor dem 1.Mai versuchte die Bürgerkriegstruppe des faschistischen Regimes die Madrider Arbeiter einzuschüchtern. Mit Tränengas wurde die Bevölkerung des Industrieviertels Vallecas terrorisiert. Den Arbeitern, die daraufhin auf die Straßen stürmten, gelang es, die einzelnen Polizeigruppen voneinander abzuschneiden und sie einzeln mit bloßer Faust zu verprügeln. „Der Bürgermeister von Vallecas mußte nachts aus seiner Wohnung getrommelt werden, um seinen Einfluß einzusetzen und die Polizisten vor dem Volkszorn zu retten". (Neue Zürcher,3.5.) Am 1.Mai selbst versammelten sich die Arbeiter Madrids zu einer von den Gewerkschaften gemeinsam veranstalteten Kundgebung in Vallecas. Diesmal ging die Polizei von der Luft aus mit Hubschraubern, und auf der Straße mit massiven Truppen und scharfen Hunden gegen die Demonstranten vor. Von Tränengas und Schußwaffe wurde gezielt Gebrauch gemacht. Personen, die von Fenstern und Balkonen den Aufmarsch verfolgten, wurden am Kopf getroffen.

Im Zentrum von Madrid selbst hatte eine anarchistische Gewerkschaft zu einer Kundgebung aufgerufen. Als diese von der Polizei attackiert wurde, fand sie von den Arbeitern, die wegen der verhängten Straßensperren nach Vallecas die gemeinsame Maikundgebung nicht erreichen konnten, sofort Unterstützung.

Die Polizei verhaftete allein in Madrid 50 demonstrierende Arbeiter. Am 2.Mai stießen 4000 Metallarbeiter Madrids, die für die Freilassung der Verhafteten streikten, erneut mit der Polizei zusammen.

„Brutaler als alles, was je unter Franco geschehen ist", lautete das einhellige Urteil des Polizeiterrors gegen die Arbeiterbewegung.

Die spanische Arbeiter- und Volksbewegung steht vor der Aufgabe, den faschistischen Gewaltapparat der Bourgeoisie zu zerbrechen und das herrschende Regime, das diesem Apparat der Ausbeutung und Unterdrückung der Massen ein demokratisches Mäntelchen umhängen will, zu stürzen.

Die Reformisten und Revisionisten haben diese revolutionäre Aufgabe verraten. Anstatt die Kampfkraft des spanischen Proletariats und der spanischen Völker zusammenzufassen, sehen sie ihr Geschäft in der Dämpfung der Massen und ihrer Unterordnung unter das verzweifelte Manöver der geschwächten Bourgeoisie. Anstatt die Massen auf die bewaffnete Revolution vorzubereiten, drohen sie mit der Gefahr eines Militärputsches. Insbesondere die revisionistische KP ist scharf darauf, mit den anderen bürgerlichen Parteien unter das Mäntelchen der „Demokratie" zu schlüpfen, und entlarvt sich immer offener als Feind der Massenbewegung für die volksdemokratische Revolution. Mitte April hat der „K"P-Chef Carillo die Unterstützung der Monarchie „auf ihrem Weg in die Demokratie" bekanntgegeben. (Neue Zürcher Zeitung, 26.4.)

Auf einer öffentlichen Versammlung in Altkastilien haben die Revisionisten dann auch gleich demonstriert, daß sie diese Unterstützung für die Bourgeoisie notfalls auch mit Gewalt gegen die spanischen Arbeiter- und Volksmassen durchzusetzen bereit sind: Als Anwesende die republikanische Fahne, Symbol des revolutionären Kampfes gegen Monarchie und Faschismus, entrollten, rissen die revisionistischen Ordner diese gewaltsam zu Boden und prügelten auf die Fahnenträger ein. Pfeifkonzerte und die Losung: „Morgen wird Spanien eine Republik sein!" war die Antwort.

M.Z.

1. Mai 1977 – Ein revolutionärer Kampftag in Österreich

Am 1. Mai 1977 rief erstmals der neugegründete Kommunistische Bund Österreichs dazu auf, den internationalen Kampftag der Arbeiterklasse mit revolutionären Veranstaltungen und Demonstrationen zu begehen. Mit einheitlicher Ausrichtung, unter einheitlichen Losungen und Forderungen des Klassenkampfes und der Revolution in Österreich und auf der Welt sammelten sich in sechs Städten Österreichs 1.100 Menschen in den Demonstrationen des KB, nahmen 850 Menschen an den Mai-Veranstaltungen des KB, seiner Ortsgruppen und Sympathisantengruppen in neun Orten teil. Das ist eine ermutigende erste Heerschau über die neu erstarkten Kräfte der Revolution in Österreich nach neun Monaten des Aufbaus unserer Organisation. Es wird zugleich Ansporn für uns sein, den Aufbau unserer Organisation als unserem wichtigsten Beitrag zum Aufbau einer neuen kommunistischen Partei der österreichischen Arbeiterklasse nach entschiedener voranzutreiben, die positiven wie auch die negativen

Seiten in der Entfaltung unserer Politik, wie sie am 1. Mai zutagetreten, genau zu überprüfen und in eine Vervielfachung unserer Kräfte zu verwandeln.

Die Veranstaltungen und Demonstrationen des KB und seiner Sympathisanten zum 1. Mai

WIEN: An einer festlichen Veranstaltung der Ortsgruppe Wien des KB am 30. April nahmen 470 Menschen teil, an der Maidemonstration 800.

An der Festveranstaltung in LINZ am 30. April nahmen 90 Menschen teil, 80 reihten sich am 1. Mai selbst bei der Demonstration der Ortsgruppe Linz des KB über die Landstraße ein; bei der Schlußkundgebung vor dem Rathaus wurden 250 Teilnehmer gezählt.

GRAZ: Die Festveranstaltung der Ortsgruppe Graz wurde von 65 Teilnehmern besucht, 57 demonstrierten am 1. Mai und die Schlußrede, die in der Arbeitersiedlung Neudoldau gehalten wurde, wurde von ungefähr 200 Menschen gehört.

„Nieder mit dem Lohnsystem"! „Vorwärts im Kampf für den Sieg des Sozialismus!" – Diesen und anderen Losungen folgten 60 Menschen bei der Maidemonstration des KB in SALZBURG. An der Abschlußkundgebung nahmen ca. 120 teil. Am Vortag hatten 50 die Maiveranstaltung der Ortsgruppe besucht.

In einer kämpferischen Veranstaltung am 30. April feierten in KLAGENFURT 30 Arbeiter, Angestellte, Studenten und Schüler den Tag der Arbeiterklasse. Der 1.Mai-Demonstration der Ortsaufbaugruppe Klagenfurt (dem einzigen Aufmarsch an diesem Tag in Klagenfurt) folgten 20 revolutionär gesinnte Menschen.

INNSBRUCK: In Innsbruck demonstrierten am 1. Mai 80 Menschen, die Veranstaltung besuchten 95.

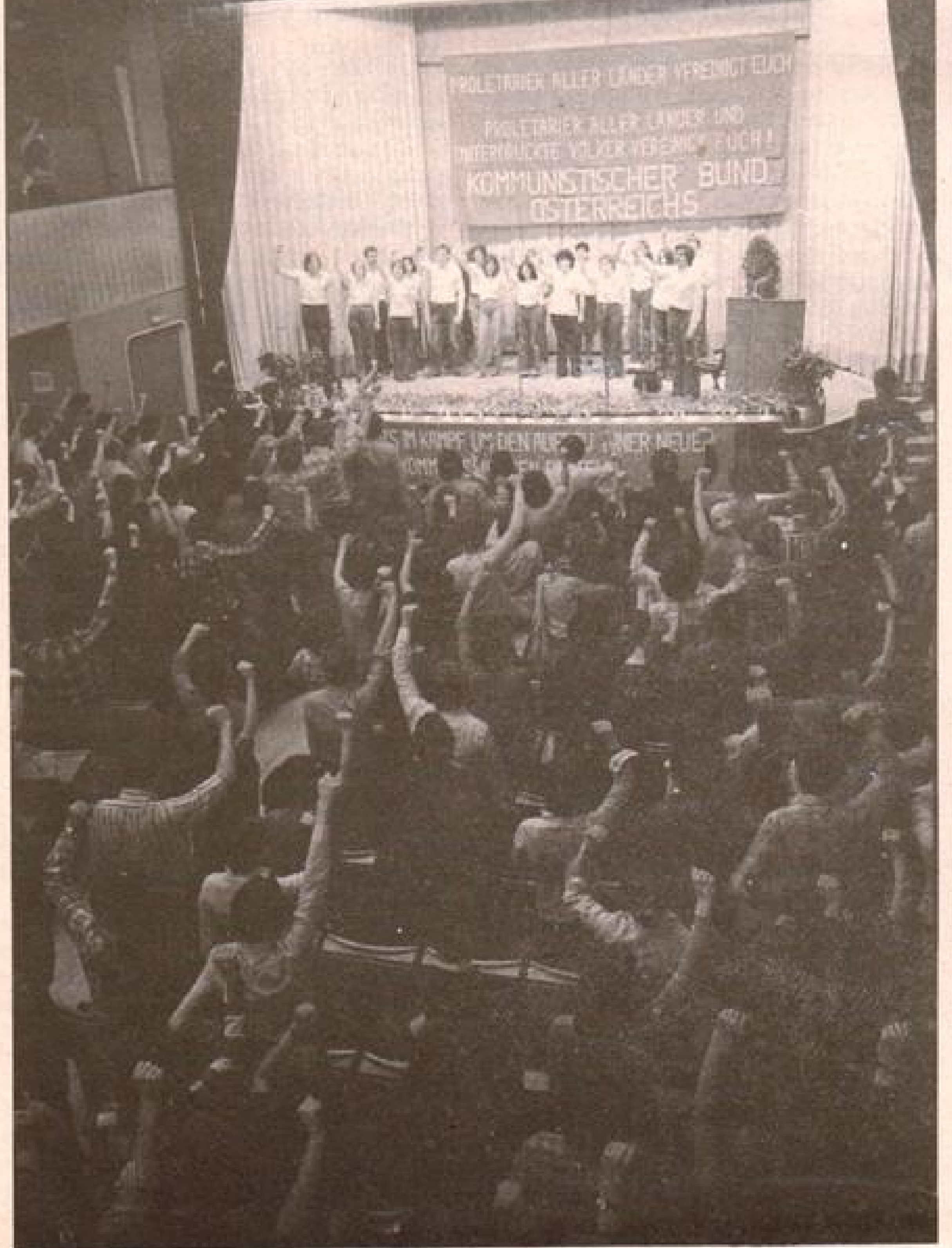
Eine 1.Mai-Festveranstaltung am 29.4. veranstaltete in KNITTELFELD die Initiative für den Aufbau einer Ortsgruppe Knittelfeld des KB, es kamen 16 Personen. Ebenfalls am 29.4. führten Sympathisanten des KB in MAUTHAUSEN eine erfolgreiche Maifeier durch, an der 22 Personen teilnahmen.

Außerdem hielten an verschiedenen Orten Zellen des KB Veranstaltungen zum 1.Mai ab.



Bild oben: Unter der Fahne des KB stand die Demonstration in Linz
Bild unten: Festveranstaltung in Salzburg





Die Teilnehmer in Wien schließen mit dem Singen der „Internationale" die kämpferische Veranstaltung ab.



Der Demonstrationszug der Grazer Genossen und Sympathisanten des KB



Die Spitze des Innsbrucker Demonstrationszuges